

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 40692, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die obergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 35.

Dienstag, den 11. Februar 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Versteckspiel.

Einiges der wichtigsten politischen Ereignisse der letzten Tage ist — wenigstens für den tiefer blickenden Politiker — die Absägung der Herren Barth und von Gerlach innerhalb der freisinnigen Vereinigung. Der äußere Hergang der Sache ist unseren Lesern bekannt: die beiden Herren haben der Tapferkeit besseres Teil erwählt; um schlimmerem vorzubeugen, sind sie freiwillig aus dem geschäftsführenden Ausschuss (d. h. Vorstand) ihrer Partei ausgetreten und sind so der Entscheidung vorläufig aus dem Wege gegangen. Auf wie lange sie damit das ihnen drohende Verhängnis abgewendet haben, wird die Zukunft lehren. Im allgemeinen lehrt die Erfahrung, daß in solchen Fällen die beste Verteidigung der Hieb ist und nicht das vorsichtige Zurückweichen. Jedenfalls muß man aber aus diesem Verlauf der Dinge schließen, daß Barth und v. Gerlach selbst ihre Position innerhalb der eigenen Partei für viel schwächer halten, als es die Berliner „Volkszeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ frohgemut verkündet hatten. Das heißt, daß sie sowohl die Zahl ihrer Anhänger nicht eben hoch einschätzen und daß sie bei denen, die ihre Meinung nicht teilen, die unweigerliche Bereitschaft, sie auszuschließen, voraussetzen, die beiden genannten Blätter dagegen hatten der Öffentlichkeit wieder und wieder erzählt, erstens daß die Anhänger Barths in der überwiegenden Mehrheit seien, und zweitens daß auch die anderen Liberalen „selbstverständlich“ jedem Versuch, einen unbequemen Kritiker auszuschließen, den entschiedensten Widerstand entgegen setzen würden. Sie hatten es so hingestellt, als ob die Idee des Ausschlusses nur in ein paar ganz vereinzelten fanatischen Köpfen Raum gewonnen habe, aber selbstredend von allen übrigen Liberalen mit Entschiedenheit zurückgewiesen würde. Nun zeigen Barth und v. Gerlach durch ihr Zurückweichen, daß sie selbst die Situation wesentlich anders beurteilen.

Nebenbei bemerkt, hatten wir auch in diesem Falle das Zurückweichen für die denkbar verkehrteste Taktik. Was konnte den beiden denn besseres passieren, als daß sie von den Fanatikern der „Meinungsfreiheit“ wegen ihrer freien Meinungsäußerung zur Rechenschaft gezogen und bestraft wurden? Das hätte mit einem Schlag die Zahl ihrer Anhänger wesentlich verstärkt. Übrigens würden das die verfolgungsfüchtigen Häupter der Gegenpartei wohl auch voraussehen und deshalb eine feste Haltung der Verfolgten ihrerseits mit Zurückweichen beantwortet haben, was die Situation der Barth und v. Gerlach noch viel mehr stärken und bessern müßte.

Indes, das sind innere Sorgen des Liberalismus, über die wir uns gemäß nicht den Kopf zerbrechen wollen. Für die Beurteilung der politischen Lage ist nur die Tatsache von Interesse, daß Barth und v. Gerlach selbst kein allzu großes Vertrauen in ihre Sache innerhalb der eigenen Partei setzen. Und diese ihre pessimistische Auffassung ist inzwischen vom „Berl. Tageblatt“ bestätigt worden.

Am selben Tage nämlich, an dem frühmorgens sich der linksliberale Einigungsausschuss um die Entscheidung herumgedrückt hatte, brachte abends das „B. L.“ einen Leitartikel zu dem Fall, der in einem artigen Versteckspiel den Leser um den Kern des Streits herumführt. Irrtum statt Wahrheit verbreitet und so indirekt zugibt, daß die klare Erkenntnis der Wahrheit bei den Massen der freisinnigen Wähler nicht geeignet ist, die Position Barths zu stärken.

Als Beweis: ma hat sich nämlich das „B. L.“ folgende Frage zurechtgelegt:

„Darf jemand, der privatim oder als Abgeordneter einer bestimmten Fraktionsgemeinschaft angehört, an Vertretern dieser Gruppe öffentlich Kritik üben?“

Mit Verlaub, so liegt die Sache gar nicht! Das heißt, den Streit vom sachlichen aufs persönliche Gebiet hinüberzuspielen und aus einer ernstlichen sachlichen Differenz eine kleinliche persönliche Etikettfrage machen. Anstelle der wichtigen, ersten Frage: ist die Haltung der Fischbeck, Köpich und Wiemer noch liberal zu nennen und darf man diesen Führern weiterhin folgen? ist die höchst nebensächliche Frage geschoben: „ist es einem liberalen Mann erlaubt, die Fischbeck, Köpich und Wiemer persönlich zu ärgern und herunterzureißen?“

Und nun das Bezeichnendste: dieses Hinüberspielen des Streits vom sachlichen ins persönliche war ursprünglich ein Kniff der Regierichter, den diese erlangen hatten, um nicht sachlich Rede und Antwort stehen zu müssen, die Erörterung der Frage, ob ihr Verhalten noch etwas mit Liberalismus zu tun habe, war ihnen offenbar höchlich un bequem. Deshalb haben sie das Räuschen erjannnen: es handle sich gar nicht um sachliche Meinungsverschiedenheiten — darin herrsche selbstverständ-

lich völlige Freiheit und Toleranz — sondern um „persönlich verletzende Angriffe.“ Man lese nur den offiziellen Ukas der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft vom 5. Februar:

„Die in einem Teil der Presse verbreitete Nachricht, daß ein „Scherbengericht“ abgehalten und die „Ausschließung“ einzelner Politiker . . . wegen taktischer Meinungsverschiedenheiten verlangt werden solle, entspricht nicht dem Sachverhalt. Es wurde über einen Antrag verhandelt, der sich gegen persönlich verletzende Angriffe wendet, die außerhalb des Parlamentes von Vertretern einer linksliberalen Partei gegen Mitglieder der Fraktionsgemeinschaft gerichtet worden sind.“

Da haben wirs. Die Fischbeck, Köpich und Wiemer sind hiernach bloß deshalb zum Parteikadi gelaufen, weil man sie „geschumpfen“ hat, die freie Meinungsäußerung wollen sie niemandem verwehren, bewahre! Bloß „persönlich verletzende Angriffe“ wollen sie sich nicht gefallen lassen.

Unseres Erachtens hatten damit die Regierichter die Schwäche ihrer Position mit aller Deutlichkeit gekennzeichnet. Und als ganz selbstverständlich hatten wir angenommen, daß „die um Barth“ ihre Schläge mit aller Gewalt dorthin richten würden. Einen frischen fröhlichen Angriff erwarteten wir, der vor allen Dingen dies lächerliche Versteckspiel durchkreuzte, den Punkt wieder richtig aufsetzte und aller Welt zeigte, daß und weshalb die Regierichter eine sachliche Erörterung ihres Verhaltens zu scheuen hatten.

Statt dessen geht das „Berliner Tageblatt“ vollständig auf das von seinen Widersachern beliebte Versteckspiel ein und bringt einen rührseligen Artikel des Inhalts: die Parteiführer möchten sich doch um Himmels willen nicht einbilden, man schädige stets die Partei, wenn man an ihren Personen Kritik übt!

Das ist es, weshalb wir den Vorfall eines der wichtigsten politischen Ereignisse nannten. Barth und seine Freunde nutzen die Schwäche der gegnerischen Position nicht aus. Sie bringen nicht den Nachweis, daß sie allein heute noch den Namen Liberaler verdienen und daß eigentlich die Regierichter ausgeschlossen werden müßten, wenn wirklich der Liberalismus „gefärbert“ werden soll. Sondern sie begnügen sich, für ein friedliches Nebeneinanderleben und Sichgegenseitigdulden zu plädieren.

Weshalb das? Sie müssen dazu doch ihre Gründe haben. Und der Grund kann doch nur der sein, daß sie von einer sachlichen Erörterung der Frage: was ist liberal? voll der Liberalismus fortan die Wiemerische oder die Barthische Haltung einnehmen? für sich selbst keinen Vorteil erwarten. Das heißt mit anderen Worten: sie selbst hegen keineswegs die Überzeugung, daß die Wiemererei von der Mehrheit der Liberalen gemißbilligt wird; sie fürchten bei einer prinzipiellen Diskussion über Prinzipien und Taktik des Liberalismus eine entscheidende Niederlage, und deshalb meiden sie die Schlacht.

Das bestätigt die Ansicht, die wir schon seit Jahren vom Liberalismus haben.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Fleischversorgung.

Die Agrarier behaupten bekanntlich immer, daß die deutsche Landwirtschaft durchaus imstande sei, den einheimischen Fleischbedarf allein zu decken, und daß es deshalb keiner Fleischzufuhr aus dem Auslande bedürfe. Damit sollen die hohen Vieh- und Fleischzölle gerechtfertigt werden. Die Tatsachen reden freilich eine ganz andere Sprache und beweisen das Gegenteil. Das kümmerst aber ein echtes Agrarieregenüß sehr wenig oder es wird flott gegen die Tatsachen angestrichen. Nun ist aber den Agrariern das Malheur passiert, daß in einer anerkannten Agrariervereinigung, dem Preussischen Landesökonomikollegium die Unzulänglichkeit der Viehproduktion von dem offiziellen Referenten zugegeben worden ist. Prinz Schönauich-Carolath-Sabor erstattete den Bericht über die Viehzucht und führte dabei aus: Die Pferde- und Rindviehzucht hat sich gehoben, ebenso die Rinderzucht, sehr zurückgegangen sei die Schafzucht. In der Geflügelzucht müßte man mehr auf Nutz- und Sportgeflügel sehen. Kann Preußens Viehzucht die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung an tierischen Produkten decken? In der Periode von 1873 bis 1906 ist bei uns die Zahl der Pferde um 736 000, die der Rinder um 3 007 000, die der Schweine um 10 061 000 gestiegen, die der Schafe um 14 231 000 zurückgegangen. Berücksichtigt man die Periode von 1883 bis 1904, so kommen auf je 100 Einwohner 8,8 (1883) bzw. 8,1 (1904) Pferde, 31,8 bzw. 30,4 Rinder, 53,6 bzw. 15 Schafe, 21 bzw. 34 Schweine. Redner zeigt dann weiter unter Beibringung einschlägigen Zahlenmaterials, daß die preussische Land-

wirtschaft nicht imstande sei, den gesamten Fleischbedarf der Bevölkerung zu decken. Auch bei den Molkereiprodukten bestehe noch eine große Einfuhr. Im Jahre 1905 mußten Butter für 41 Millionen Mark, Käse für 20 Millionen Mark, Milch für 7 Millionen Mark eingeführt werden. Selbst wenn es möglich wäre, diese Einfuhr durch Zollabperrung zu verhindern, so hätte die Landwirtschaft einen immerhin fraglichen Vorteil, da es noch sehr zweifelhaft ist, ob die Landwirte durch Vermehrung der Molkereierzeugnisse mehr herauswirtschaften werden. Redner schloß seine Betrachtungen mit der Bemerkung ab, daß seiner Meinung nach die Landwirte in Preußen den Bedarf an tierischen Erzeugnissen nicht voll decken können. Es sei Sache der Landwirte, ihre Schlüsse daraus zu ziehen. Ob durch Parforcemittel hier einen Wandel herbeizuführen ratsam sei, möchte er bezweifeln.

Die Darlegungen waren selbstverständlich nicht nach dem Geschmack der eingefleischten Agrarier und der Häuptling des Bundes der Landwirte, Frhr. v. Wangenheim, zog lebhaft dagegen zu Felde. Er hatte solche „Regereien“ im Landesökonomikollegium offenbar nicht erwartet und war deshalb „nicht vorbereitet“. Er berief sich deshalb auf frühere Behauptungen der Agrarier, in denen das Gegenteil gesagt wird. Widerlegen konnte er die auf die Statistik sich stützenden Angaben des Referenten natürlich nicht. Um so forscher betonte er die Notwendigkeit sowohl der Vieh- als auch der Fleischzölle und forderte Zölle für Milch und Wolle. Die Agrarier werden auch weiter mit ihren alten Behauptungen hauffieren gehen, denn ihr Interesse heiligt ihnen alle Mittel.

„Ein bewährter Volksfreund.“

Die christlich-soziale Wochenschrift „Die Arbeit“ veröffentlicht in ihrer letzten Nummer einen Artikel über das Landtagswahlrecht, als dessen Verfasser W. Philipps zeichnet. Die Redaktion der „Arbeit“ bemerkt dazu, daß sie den Standpunkt des Herrn Philipps nicht teile, aber dieser sei ein „bewährter Volksfreund“, der ein Recht habe, gehört zu werden. Hören wir nun, was dieser „bewährte Volksfreund“ zum Wahlrecht zu sagen hat: Philipps stellt zunächst fest, daß das preussische Landtagswahlrecht „früher oder später einer durchgreifenden Reform bedürftig ist“; aber er bezweifelt, daß das Reichstagswahlrecht für Preußen taue. Gewiß werde sich das Allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für das Reich nicht wieder abschaffen lassen, außer wenn durch Reichstagsmajoritäten schwere Konflikte herbeigeführt würden, dann müsse Gewalt vor Recht gehen. Gegenwärtig sei zur Abschaffung des Reichstagswahlrechts kein Anlaß vorhanden. Zum Glück habe außerdem der Reichstag nicht über Kirchen-, Schul- und ähnliche Angelegenheiten zu entscheiden, deshalb sei hier schon etwas radikaler Geist zu ertragen; aber „im Landtage, dem die Wahrung der höchsten Güter anvertraut sei, würde ein solcher Geist zu einer Volksgefahr im höchsten Sinne des Wortes werden.“ Deshalb habe die Regierung ganz recht, wenn sie das Anfinnen, in Preußen das Reichstagswahlrecht einzuführen, ablehne und nur eine sehr beschränkte Reform für die nächste Zeit in Aussicht stelle, und dem Reichskanzler wäre es sehr zu verdanken, wenn er „Parteien die Türen des Landtages“ öffnen wolle, die nur Einfluß begehren, um Thron und Altar zu stürzen.“

Indessen der „bewährte Volksfreund“ sperrt sich doch nicht für alle Zeiten gegen eine demokratische Verfassung in Preußen:

„Wenn erst das Unvot zum Volk, wenn es zum christlichen, monarchischen, vaterlandsliebenden Volk erzogen worden ist, dann mag es auch seine Geschicke für die Landtage in seine Hand nehmen. Solch ein Ziel läßt sich nicht durch unbefonnene Gutmütigkeit in einem Sprünge erreichen. . . . Gib einem innerlich Unreifen ein großes Maß von Freiheit und Selbstverantwortlichkeit, er wird daran zugrunde gehen. Führe einen Menschen der unteren Volksschichten in die höheren Volksschichten, und er wird sich freuzunglücklich fühlen. . . . Erst muß das Unvot zum Volk erzogen werden, erst dann wäre ein Reichstagswahlrecht für den Landtag zu empfehlen.“

Deshalb rät der „bewährte Volksfreund“ den staats-erhaltenden Parteien, sich durch das Geschrei der Sozialdemokraten, Freisinnigen usw. nicht irre machen zu lassen; sie müßten ihre Vorrechte ruhig weiter behalten und sich ihrer bedienen zum Wohle des Ganzen, und wo sich ein christlicher Arbeiter, wie Herr Behrens und andere, dem Landtag nähern, da möge man ihn mit Wohlwollen als gleichberechtigten Staatsbürger aufnehmen und ihm einen Sitz im Parlament gönnen. Zum Schluß richtet der „bewährte Volksfreund“ folgende Mahnung an die gutgestimmten Arbeiter:

Gott gebe, daß unsere christlich-nationalen Arbeiter die Anfechtung überwinden und nicht irre werden, sondern es verstehen lernen, daß der Landtag nicht so geöffnet werden darf, wie der Reichstag, wenn sie nicht selbst alles verlieren wollen, was sie bisher so treu und mühsam aufgebaut haben. . . . Sie dürfen nicht mit einem klühnen Sprunge erreichen wollen, was nur in jahrelangem Kampfe und nüchternen Arbeit errungen werden kann; sie könnten sonst leicht in den Abgrund stürzen, der zwischen ihrem derzeitigen Standort und dem erstrebten Ziele liegt. Darum ruhig, nüchtern bleiben. . . . Einem christlich-nationalen Arbeiterstande werden sich feinerzeit die Taten des Landtages von selber aufstun, aber die Sozialdemokraten mit ihrem Anhang wollen wir nicht hinein haben, von denen haben wir trotz ihrer Schlappe bei den letzten Wahlen viel zu viel als Volksverführer im Reichstage. Darum noch kein Reichstagswahlrecht für den Landtag!

So der „bewährte Volksfreund“. Eins muß man dem Manne lassen: er ist ehrlich und hat den Mut, zu sagen, was er denkt. Wenn übrigens ein Mann so über das Wahlrecht denkt, dem das christlichsoziale Blatt den Ehrentitel eines „bewährten Volksfreundes“ ausstellt, wie muß es dann unter den Christlichsozialen aussehen, die nicht auf diese Auszeichnung Anspruch machen können!

Die Nationalliberalen und das Landtagswahlrecht in Sachsen.

In der nationalliberalen „Bl. N. Jtg.“ wird in einem Artikel ausführlich die sächsische Wahlrechtsvorlage behandelt und dann die Annahme ausgesprochen, daß die Nationalliberalen, so entschieden sie die Einführung eines Pluralwahlrechts fördern wollen, sich doch gegen eine etwa gewünschte starke Anhäufung der Pluralstimmen sträuben werden. Eine Einheitslichkeit über die Zahl der dem einzelnen zu gebenden Pluralstimmen besteht in der Partei nicht und vielleicht auch heute noch nicht unter den nationalliberalen Mitgliedern des Wahlrechtsausschusses, aber schwerlich werden selbst die am weitesten rechts Stehenden bereit sein, dem einzelnen mehr als vier Pluralstimmen zu bewilligen. Der Vorsitzende der nationalliberalen Fraktion, Abg. Schied-Frankenberger, hat bei der Vorberatung des Regierungsentwurfs in der Zweiten Kammer von vornherein betont, daß seine Partei gegen eine weitere Häufung der Pluralstimmen Bedenken habe, und wir wissen, daß manche Nationalliberale in der Kammer und viele im Lande nicht einmal soweit gehen wollen.

Allerdings läßt das nationalliberale Blatt vorsichtigerweise ein Hintertürchen offen; es schreibt: „Ein starres Beharren auf dem politischen Dogma, etwa nach dem Grundsatze: Alles oder nichts, würde hier auch vom liberalen Standpunkt aus nicht klug sein. In der Politik von heute gilt die gewundene Linie. Auch in der sächsischen Wahlrechtsfrage müssen wir uns bescheiden, wenn wir die Entwicklung im liberalen Sinne ein gutes Stück vorwärts drängen.“

Mit anderen Worten: Man ist immer noch liberal, selbst wenn man das Pluralwahlrecht mit sämtlichen Schikanen akzeptiert.

Sie kommen zur Befinnung.

Die Deutschen in der „Ostmark“, auf deren Schutz es angeblich die Hakatisten mit den rigorosen Maßnahmen gegen die Polen abgesehen haben, fangen immer mehr an, zu begreifen, daß diese Art der „Germanisation“ nicht nur im allgemeinen nur Unheil stiften kann, sondern auch den Deutschen verderblich werden muß. So beschloß eine deutsche Versammlung in Posen folgende Resolution: „Die heutige, von zirka 1200 Personen besuchte Versammlung deutscher Bürger Polens richtet an den Vertreter unserer Provinzialstadt im Herrenhause, Herrn Oberbürgermeister Dr. Wilms, die dringende Bitte, in der Kommission wie im Plenum des Herrenhauses die Enteiignungsvorlage ebenso energisch zu bekämpfen, wie das von den Vertretern der Stadt Posen im Abgeordnetenhaus geschehen ist. Das im freien Erwerb stehende deutsche Bürgertum Polens, das die Kerntruppe der deutschen Bevölkerung in der Ostmark darstellt, fühlt sich von den verderblichen entsetzenden Folgen der Enteiignungsvorlage auf das schwerste betroffen und erklärt sich entschieden gegen einen Gesetzentwurf, dessen Zustandekommen der Ostmark schwersten Schaden zufügen würde.“

Osterreich-Ungarn.

Blutige Wahlen. In Galizien fanden in letzter Woche in einer Reihe von ruthenischen Wahlbezirken die Wahlmännerwahlen statt, bei denen nach Meldungen der oppositionellen Presse, insbesondere der ruthenischen und sozialistisch: Presse, eine ganze Reihe von Wahlmännern vorgekommen sind. Der sozialdemokratische „Glas“ und das Zentralorgan der ruthenischen Partei, „Dilo“, berichten, daß in einer Ortschaft des Wahlbezirks Buczacz, wo Wahlmännerwahlen vorgenommen wurden, ein Gendarm dem Banern Marko Kaloncz mit dem Bajonett einen Stich verlegt habe, sodaß dieser nach einigen Minuten gestorben ist.

Frankreich.

Marokko. In der Deputiertenkammer befragte Saures die Regierung über die jüngsten Ereignisse in Marokko und verlangte besonders Aufklärung, warum die französischen Truppen am 5. und 6. Februar bis Settat vorgezogen seien. Wir werden die Ruhe, sagte Redner, nicht wieder herstellen, wir müßten denn bis in das Herz Marokkos vordringen. Die Lage Frankreichs ist kritisch und gefährlich, wenn Abdul Afis, den wir mit unseren Geldern und unseren Streitkräften unterstützen, wirklich einen Appell an die Mächte, die die Agencirasakte unterzeichnet haben, besonders an Deutschland, gerichtet hat. Hat Deutschland aus hierüber Mitteilung gemacht? (Beifall auf der äußersten Linken.) Hieran ergriß der Minister des Äußern, Pichon, das Wort. Derselbe äußerte aus: Wir sind in Casablanca vorübergehend und unter besonderen Umständen, wir werden es nur verlassen unter Bedingungen, die mit unseren Rechten und unserer Ehre und unseren Verpflichtungen vereinbar sind. General

d'Amade soll die Ruhe um Casablanca sichern und die Unterwerfung der Stämme unvermeidlich machen. Pichon verlas darauf die dem General d'Amade erteilten Instruktionen, die besagen, der General solle sich nicht dem Sultan Abdul Afis zur Verfügung stellen. Er solle ferner, wenn möglich, nicht bis an die äußerste Grenze des Schauplatzes vordringen und solle seine Verbindungen mit Rabat sichern. Derselben des Generals melden, daß er die Stämme, die sich gegen uns zusammengetan haben, verfolgt hat, daß er darauf bedacht gewesen, die ihm gesetzten Grenzen nicht zu überschreiten. Der Minister sagt dann weiter, der deutsche Vertreter habe ihm am 21. Januar mündlich mitgeteilt, daß Abdul Afis die deutsche Regierung ersuchte, gegen das Vorgehen Frankreichs in Marokko einzuschreiten, und daß Mulay Hafid einen ähnlichen Schritt ebenfalls bei der deutschen Regierung unternommen habe. In der Antwort auf diese beiden Ersuchen habe Deutschland zu erkennen gegeben, daß Frankreich erklärt habe, sich im Rahmen der Agencirasakte zu halten, wenn die beiden Sultane das Gegenteil feststellen könnten, stehe ihnen zu, sich an die Signatarmächte der Agencirasakte zu wenden. Der Minister fügte hinzu, er habe diese courtoisvolle und herzliche Mitteilung der deutschen Regierung in freundschaftlicher Weise, wie sie es verdiente, aufgenommen. Der Schritt Mulay Hafids habe nicht überrascht, dagegen habe man sich über den von Abdul Afis mehr wundern müssen. Pichon bemerkte sodann, er habe in Rabat Auskunft einziehen lassen. Die Minister von Abdul Afis hätten erklärt, es sei unrichtig, daß eine Intervention nachgesucht worden sei. Die deutsche und die französische Regierung hätten die Quelle des Zwischenfalles, dessen Bedeutung man übertrieben habe, aufgeklärt. Nicht zu dem deutschen Gesandten in Tanger, sondern zu einem Kaufmann, der mit den Funktionen eines Konsuls beauftragt war, habe Ben Sliman die dann dem Gesandten gemeldeten Worte gesagt. Der Zwischenfall müsse als ein Beweis der korrekten Haltung der deutschen Regierung anerkannt werden. Der Minister bittet die Kammer, sich nicht zu beunruhigen aus Anlaß täglicher Vorkommnisse. (Lebh. Beifall auf der Linken.) Andere Mächte hätten Frankreich ein Beispiel von Takt gegeben. (Erneuter Beifall.) Frankreich halte sich bei seinem Vorgehen innerhalb der von der Agencirasakte vorgezeichneten Grenzen. Redner forderte die Kammer auf, dieses des Landes würdige Vorgehen zu unterstützen. Gedanken wir achtungsvoll derjenigen, die für ihr Vaterland zu sterben wissen. (Beifall. Lebhaftige Erregung auf der äußersten Linken.) — Dep. Saures, dem der Minister vorgeworfen, daß er kürzlich nicht für eine Tagesordnung gestimmt habe, in der die französische Armee in Marokko beglückwünscht wurde, beschuldigte darauf den Minister, dieser lenke durch persönliche Angriffe von der eigentlichen Frage ab. Es habe einen wirklichen Zwischenfall mit Deutschland gegeben. Er freue sich, daß dieser Zwischenfall keine größere Bedeutung gehabt habe. Pichon habe aber vor acht Tagen die Kammer getäuscht, als er erklärte, er wisse nichts von einem Interventionsgesuche des Sultans Abdul Afis. (Beifall bei der äußersten Linken.) Pichon erwiderte darauf, er habe eine ihm von einer fremden Botschaft gemachte geheime Mitteilung nicht öffentlich bekanntgeben können. Das würden seitens diplomatische Sitten sein, die nur von Saures und seinen Freunden gebilligt werden könnten. (Beifall.) Damit ist der Zwischenfall erledigt.

Rußland.

Ein neues Knutenprojekt. Das Organ der Schwarzen Hunderte „Ruskoje Snamja“ verkündet nachstehendes Rezept zur Beruhigung Rußlands: „Außerordentliche Zustände bedingen außerordentliche Maßnahmen. Es müßten Körperstrafen, inkl. Todesstrafe für einige Arten von Verbrechen festgesetzt werden: für Totschlag, Plünderung, Brandstiftung, Anstiftung von Militärrevolten, wie überhaupt Anstiftung zur Widerständigkeit gegenüber der selbstherrschastlichen Gewalt, desgleichen für Fluchtversuche aus dem Gefängnis und Revolten in Gefängnissen und Lehranstalten. Es müßten hierbei beispielsweise folgende Grade von Körperstrafen, je nach Alter und Schuld, festgesetzt werden: 1. Grad: 25 Rutenhiebe; ohne Einschränkung der Rechte; 2. Grad: 50 Rutenhiebe; nebst Einschränkung gewisser Rechte; 3. Grad: 75 Knutenhiebe nebst Entziehung aller besonderen Rechte; 4. Grad: 100 Knutenhiebe nebst Entziehung aller Standesrechte; 5. Grad: Todesstrafe. Alle diese Strafen müßten in ungeschwächter Weise gegenüber allen Personen, welchen Standes, Berufes und Geschlechtes sie auch seien, angewendet werden. Und ihr werdet sehen, wie schnell sich alles in unserem Lande beruhigen wird.“ — Diese Ausgeburt einer krankhaften Phantasie ist abgedruckt in einem Organ, das mehr als einmal die Richtung der inneren Politik Rußlands bestimmt hat.

Portugal.

Republikanische Vorbereitungen. Der Lissaboner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ erzählt, daß sich heute nacht in Lissabon ein republikanisches Direktorium konstituiert habe, bestehend aus fünf Mitgliedern, darunter je zwei aus Lissabon und Oporto, das fünfte und Präsident sei Professor Machado. Aufgabe des Direktoriums sei die Vorbereitung einer Verfassung für die Republik, deren Kommen man bald erwarte. Die republikanische Partei glaube zuversichtlich, die Monarchie werde kein langes Leben haben und nach einigen schnellen Wechseln haltlos und unhaltbar sein.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 11. Februar.

Zug von Rautern und Zimmerern nach Sührmann in Trabemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperte über diese Firma verhängt ist.

Zug nach der Grevensmühlener Matzfabrik ist strengstens fernzuhalten.

Richtig geärgert hat es anscheinend dem Amtsblatt, daß die Dienstreisbewegung in Lübeck immer mehr an Boden gewinnt. Am Sonntag abend wurden vor verschiedenen Lokalitäten Flugblätter austretenden Inhalts verteilt, in denen auch zum Beitritt zur Organisation aufgefordert wurde. Das konnte natürlich Leuten, die für Gebude-

sklaverei schwärmen, nicht gefallen und deshalb machen die „Lübeckischen Anzeigen“ ihren Gefühlen in folgender Notiz Luft:

Zur Dienstbotenfrage. Die Sonntagsruhe wurde gestern für einen Bruchteil unserer arbeitenden Bevölkerung praktisch außer Kraft gesetzt von einer Seite, die sich öffentlich laut als ihr treuester Wächter präsentiert. In Tanzlokalen mußte ein Flugblatt verteilt werden, das sich vornehmlich an die Dienstmädchen wendet. Es ist darin u. a. die Rede von „Chitanen“, wohlverstandenen von Chitanen gegen die Diensthoren. So geschah im Jahre 1908. So nimmt sich die Dienstbotenfrage aus in den Köpfen von Leuten, die sonst so modern sein wollen.

Mit solchem ausgemachten Quatsch werden die Leser des Amtsblattes gefüttert! Die Verbreitung des Flugblattes ist selbstverständlich, wie stets, freiwillig und unentgeltlich erfolgt und die Genossinnen, welche dieselbe besorgen, haben es gern getan aus Interesse für die Sache. So etwas gibt es aber in bürgerlichen Kreisen nicht. Idealismus ist dort sehr selten zu finden. Daß die Angaben des Flugblattes zutreffend und wirksam sind, ergibt sich übrigens auch aus der Notiz des Amtsblattes, die sachlich nichts zu entkräften vermag. Es wird auch in den Köpfen der Dienstboten helle und das bringt anscheinend die Scharfmacher noch um ihre Restchen von Verstand.

Jahresbericht des deutschen Buchbinderverbandes, Verwaltungsstelle Lübeck. Das Jahr 1907 stand unter dem Zeichen der Lohnbewegung. Waren doch 4 Jahre ins Land gegangen seit der letzten Bewegung. Zum ersten Male kam es hier zum Abschluß eines schriftlichen Tarifes zwischen der Freien Vereinigung der Buchbindermeister und unserer Organisation, dem sich die Herren Buchdruckerbesitzer stillschweigend angeschlossen haben, so können wir mit Stolz behaupten, daß in allen für uns in Betracht kommenden Betrieben geordnete Arbeits- und Lohnverhältnisse herrschen. Vom 1. Oktober 1908 ab wird die allgemeine Einführung der neunstündigen Arbeitszeit laut Tarif erfolgen. Es fanden im Berichtsjahre 17 Mitgliederversammlungen, eine Generalversammlung, 12 Vorstand- und Lohnkommissions-sitzungen, eine außerordentliche und eine öffentliche Versammlung statt. Vorträge wurden drei gehalten. Außerdem wurden 2 Ausflüge und eine Weihnachtsfeier veranstaltet. An Neuaufnahmen waren zu verzeichnen: 8 Kollegen und 12 Kolleginnen. Der Mitgliederbestand betrug am 31. Dezember 1908 25 männliche und 8 weibliche, am 31. Dezember 1907 33 männliche, 12 weibliche, zugereist sind 14, abgereist 14, vom Militär zurück 2, ausgetreten 2 männliche, 6 weibliche Mitglieder, gestorben ist 1 weibliches Mitglied. Die Gesamteinnahmen der Verbandskasse betragen 896,70 Mk., die Ausgaben 650,31 Mk., der Bestand 246,39 Mk. Die Gesamteinnahmen der Lokalkasse beliefen sich auf 373,60 Mk., die Ausgaben auf 215,06 Mk., der Bestand betrug 158,54 Mk. An Reiseunterstützung wurde verausgabt 119,75 Mk., an Umzugsunterstützung 35 Mk., an Lokalunterstützung 10 Mk. Unsere Bibliothek wurde im Oktober 1907 der neugegründeten Genossenschaftsbücherei überliefert. In unserer am 8. Februar 1908 abgehaltenen Generalversammlung wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt.

Lübeck-Büchereisenbahn-Gesellschaft. Betriebsergebnisse für den Monat Januar 1908. Befördert sind (nach den vorläufigen Ermittlungen): 1908: 305 633 Personen und 114 246 Tonnen Güter gegen 288 981 Personen und 115 202 Tonnen Güter im Jahre 1907. Eingenommen sind:

	Verf. Betr.	Güter Betr.	Neben-Einnahm.	Zu- samm.	bis Ende Jan.
1908: vorläufig:	175 419	287 815	47 000	510 234	—
1907:	158 920	296 332	43 600	498 852	—
untersch. 1908:	+ 16 499	— 8517	+ 3400	+ 11 382	—
1907 endgültig:	168 734	318 988	57 763	545 485	—

Wegen Betruges hatten sich am Freitag der Bauunternehmer Brandt aus Schönberg und der Kaufmann Blöb von hier zu verantworten. Blöb hatte, nach den Meldungen der Blätter, an Brandt eine Wohnung vermietet, obwohl dieser völlig mittellos war. Brandt mußte sich nun Möbel beschaffen. Er ging zum Möbelhändler Mohr und gab diesem Blöb als Referenz auf, der dann auch den Mohr über die Zahlungsfähigkeit Brandts derartig beruhigte, daß Mohr ihm für 500 Mark Möbel auf Kredit überließ. Brandt holte die Möbel mit einem Fuhrmann ab. Unterwegs ließ er schon eine Kommode und einen Küchenschrank abladen; er sagte zu dem Fuhrmann, alles solle Blöb nicht haben. Als die übrigen Sachen in Brandts Wohnung waren, ließ Blöb sie sofort für die fällige Miete pfänden und versteigern. Das Gericht verurteilte Blöb und Brandt zu je 6 Monaten Gefängnis, den ersteren außerdem noch zu 500 Mark Geldstrafe.

ph. Schankastendiebe. Festgenommen wurde ein Fischer- und ein Schlosserlehrling von hier, die in der letzten Zeit mehrere Schankasteten erbrachen und sich aus denselben Waren angeeignet haben. Andere Lehrlinge und Schüler, die sich an den Diebstählen beteiligt haben, bezw. sich der Fehlerlei schuldig machten, wurden mit zur Anzeige gebracht.

ph. Seinen Hauswirt bestohlen. Festgenommen wurde ein Arbeiter von hier, der sich des Diebstahls zum Nachteil seines Hauswirts schuldig machte.

ph. Ermittelt und festgenommen wurde ein Monteur aus Berlin, der sich in dem Pensionat, wo er wohnte, einen wertvollen goldenen Ring angeeignet, den er einem Mädchen schenkte.

ph. Ein unehelicher Knacht. Ein Bäckerknacht, der sich des Diebstahls zum Nachteil, der bei seinem Dienstherrn beschäftigten Bäckergehilfen schuldig machte, wurde festgenommen.

ph. 18 Pfund Schmalz entwendet. Gestern abend gegen 7^{1/2} Uhr wurde von einem Wagen eines hiesigen Schlachtermeisters, der kurze Zeit in der Schwartauer Allee ohne Aufsicht hielt, ein Gefäß mit etwa 18 Pfund Schmalz gestohlen.

ph. Schadenfeuer. Auf dem Boden des Hauses Catharinenstraße 21 entstand gestern nachmittag gegen 1^{1/2} Uhr in einem Lattenschlage auf bisher nicht aufgeklärte Weise ein Feuer, welches durch die herbeigerufene Feuerwehr erst bald gelöscht werden konnte. Der erwachsene Schaden ist nicht unerheblich, weil auch 2 Fahrräder durch Feuer stark beschädigt sind.

Stadttheater-Provisorium. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Als vollständige Vorstellung wird morgen Mittwoch das lebenswürdige Lustspiel „Der Hypochonder“ von Moser zum Einheitspreise von 50 Pfg. für jeden Platz im Theater gegeben. Witzreiche Wortspiele und komische Situationen verhehlen dem humorvollen Stück zum Lächerlichen. Donnerstag wird die Oper „Die weiße Dame“ und Freitag „Die lustigen Weiber von Windsor“ letztmalig wiederholt.

Schwartau. Opfer des Eises. Die im Alter von 9—11 Jahren stehenden Schulknaben Jwe, Wagner, Döhler, Utke und Böckmann benutzten am gestrigen nachmittag den

vom Lehrer schon oft verbotenen Nichtsteig über das Herrenmoor, der direkt am Wasser entlang führt. Alle fünf betraten das nur ganz dünne Eis, welches sofort unter ihren Füßen zerbrach. Ein furchtbarer Angstschrei erfolgte, wodurch der achtzehnjährige Sohn des Fuhrmanns Decker, sowie der neunzehnjährige Friedrich Böhmendorf herbeigerufen wurden. Der letztere rettete durch Hinhalten eines Stockes den Knaben Wagner, während es Decker gelang, den Dähler auf's Trockene zu bringen. Zwei vermochte sich selbst zu retten. Ute und Böckmann mußten ihren Leichtsin mit dem Tode büßen. Die Leichen wurden nach einer halben Stunde geborgen, die von dem herbeigerufenen Arzt angestellten Wiederbelebungsvorläufe hatten leider keinen Erfolg. Die Eltern des Böckmann verloren erst vor vier Jahren ein zweijähriges Mädchen durch einen Unglücksfall, sodas sie dieser Verlust doppelt hart trifft. Bei Decker ist es schon das zweite Menschenleben, welches er aus dem Moor rettet. Man sollte diesen Weg polizeilich verbieten, mindestens aber sollte man Warnungstafeln anbringen, die vor dem Betreten des Eises warnen.

Schönberg. Schmers Brandunglück. Auf der Poststelle des Hauswirts Mustin in Schlag-Silbendorf brach Sonntag ein Großfeuer aus, wodurch sämtliche Gebäude der Stelle eingestürzt wurden. Leider erlitt der Besitzer dabei so schwere Brandwunden, daß er noch am vorgestrigen Abend in das Lübecker Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Die beiden Schwestern des Mustin wären sicher in den Flammen umgekommen, wenn sie sich nicht durch einen Sprung aus dem Fenster der ersten Etage gerettet hätten.

Hamburg. Vom Eisenbahnzuge getötet wurde gestern Abend auf dem Rangierbahnhof Rotenburgerort ein 63jähriger Maler, der unbegreiflicherweise über die Schienen ging. Die Leiche wurde ins Spatenkrankenhaus geschafft.

Mitona. Tödlicher Unglücksfall. Die in der Weidenstraße wohnende Ehefrau Georgi geb. Willhöft wurde gestern früh in ihrer Küche mit dem Kopfe in einer mit Wasser gefüllten Badewanne steckend tot aufgefunden. Der ärztliche Befund ergab, daß die Frau erstickt ist. Man nimmt an, daß die Unglückliche, vom Schwindel befallen, kopfüber in die Wanne hineingefallen ist und sich nicht selbst hat helfen können.

Niel. Das Schiedrama in der Jungmannstraße im Spätsommer 1907 fand am Sonnabend vor dem Schwurgericht zu Niel seinen Abschluß. Angeklagt war der am 14. August 1878 zu Rosenfeld bei Deutsch-Krone geborene Arbeiter Franz Schön. Es wurde ihm zur Last gelegt, am Mittag des 23. August vorigen Jahres seine von ihm getrennt lebende Ehefrau durch einen Flintenschuß getötet und sich dadurch des Gattenmordes schuldig gemacht zu haben. Die Verhandlung entrollte ein düsteres Bild traurigsten Ehelebens. Obgleich die Eheleute Schön drei Kinder, zwei Mädchen und einen Knaben im Alter von 2 bis 6 Jahren besaßen, glaubte der Gemann begründeten Anlaß zu haben zu der Annahme, daß seine Frau ihn hintergehe. Weiter machte er ihr zum Vorwurf, daß sie die Kinder nicht sauber genug hielt und ihnen nicht die nötige Aufwartung angedeihen ließ. Auf den Vorwurf, er habe zeitweilig nicht genügend für seine Familie gesorgt, erwidert der Angeklagte, durch das Verhalten sei er oft derartig erregt gewesen, daß er nicht zu arbeiten vermochte und daher nichts verdiente. Eifersuchtswahn gab es daher nur zu häufig, auch soll Schön seine Frau nicht selten geschlagen haben. Wiederholt ließ sie deshalb von ihm fort. Dreimal vermochte der Mann sie jedoch zu bewegen, zu den Kindern zurückzukehren. Einige Tage vor dem 23. August hatte Frau Schön abermals die Wohnung ihres Mannes verlassen und sich bei einem ihrer früheren Günstiger, der sich aber inzwischen verheiratet hatte, einwilliges Unterkommen verschafft. Der Angeklagte glaubte bestimmt, daß sie mit dem später verschwundenen Schlosser Wiese Umgang hatte. Als seine Frau die Kinder der Armenverwaltung übergeben wollte, verlangte er, daß sie die Kleinen zu ihm bringe; er wolle seine Mutter kommen lassen, damit sie ihm den Hausstand führe. Die Frau brachte die Kinder dann auch nach der Jungmannstraße, wo Schön sich mittags zum Essen aufhielt. Sie wurde von ihm jedoch wieder fortgeschickt mit der Anweisung, die Kinder erst sauber anzuziehen und sie ihm dann wieder zu bringen. Die Mutter kam dem auch nach. Inzwischen aber hatte ihr Mann sich aus seiner Wohnung in der Howaldtstraße eine mit Sekt geladene getlegbare zweifelhafte Jagdflinte geholt. Als die Frau die Haustür öffnete, um mit den Kindern in das Haus einzutreten, gab Schön vom Treppenturm aus einen Schuß auf sie ab, der ihr den Oberkörper zerschmetterte und zum Teil in das Gehirn eindrang. Die Frau war alsbald tot. Schön, der sich nach der Tat im Keller erschließen wollte, verlor sich zwar schwer am Unterflur, es gelang jedoch, ihn im städtischen Krankenhaus wieder herzustellen. Er bestritt, die Tat mit Überlegung ausgeführt zu haben. Durch die Vorgänge, besonders aber durch die Weigerung seiner Frau, wieder zu ihm zu kommen, sei er furchtbar erregt gewesen. Die Flinte habe er lediglich geholt, um sie zu verpulvern oder eventuell sie irgendwo zu verstecken. Daß seine Frau ihm untreu gewesen sei, habe er aus seinen Beobachtungen geschlossen, sie habe es auch einem Zeugen gegenüber selbst zugegeben. Prof. Dr. Racker aus der Nervenklinik hat durch seine Beobachtungen wahrgenommen, daß der Angeklagte nicht ganz normal, beschränkt und leicht reizbar ist und oftmals kopflös handelte. Trotzdem bat der Staatsanwalt Holländer, die auf Mord lautende Hauptschulfrage zu bejahen. Der Verteidiger plaidierte für mildernde Umstände. Die Geschworenen entschieden nach dem Antrag der Verteidigung, worauf das Gericht den Angeklagten zu 3 Jahren Gefängnis verurteilte. Drei Monate der ersten Untersuchungshaft sollen mit in Anrechnung gebracht werden.

Heide. Großfeuer. Sonntag nacht brannten die Stallungen des Hofbesizers Peters in Bergen total nieder. 8 Kühe, 1 Stier, 1 Pferd und das landwirtschaftliche Inventar verbrannten. Das Wohnhaus wurde geschützt. Der Stall ist erst im letzten Jahr und vordem auch das ganze Gewese mehrere Male abgebrannt.

Bremervahren. Ein schweres Schiffsunglück das leider den Tod dreier Menschen im Gefolge hatte, ereignete sich Sonnabend nachmittag gegen 8^{1/2} Uhr im alten Kaiertahnen hier selbst. Der Lloyd-Dampfer „Gießen“, welcher nach dem La Plata expediert werden und deshalb auf Seebegegnung werden sollte, bediente sich zu diesem Zwecke zweier Schleppdampfer, von denen der eine seine Trosse am Bug, der andere — Komet — dieselbe am Heck befestigt hatte. Blöglück trieb ein harter Windstoß den Dampfer „Gießen“ dem Ufer zu, so daß dieser Gefahr lief, mit demselben zu kollidieren. Bei den nunmehr folgenden Kommandos kam die Schlepptrasse des „Komet“ unklar. Durch das plötzliche Wörtwärtsarbeiten der „Gießen“ wurde der Schlepper umgerissen. Der „Komet“ sank, und nur einige Augenblicke währte es, da war er vor den Augen der erschreckt dreinschauenden Mannschaft der „Gießen“ in im Fluten verschwunden. An eine Rettung der den Maschinenraum befindlichen Personen: Maschinist, Heizer, Koch, war unter den obwaltenden Umständen natürlich nicht zu denken und so fanden denn diese drei, deren Namen wir bisher nicht in Erfahrung bringen konnten, den Seemannslob. Die übrigen Personen der Besatzung wurden von einem in der Nähe der Unfallstelle

liegenden Torpedoboot gerettet. Es sind sofort die umfassendsten Maßnahmen zur Hebung des Schiffes eingeleitet, auch sind Taucher zur Stelle, um die Bergung der Leichen zu beschleunigen. Die Unfallstelle befindet sich in der Nähe des Schuppens 11 am alten Kaiertahnen.

r. Oberburg. Der Verwaltungsausschuß hat seinen letzten Bericht über die Anlage 20 (Wahlrechtsvorlage) herausgegeben, den wir hier einer kurzen Besprechung unterziehen wollen. Da die jetzige Fassung des Artikels 11b den Anschein erwecken könnte, als ob unter „jeder Deutsche“ entgegen der Absicht des Staatsgrundgesetzes auch die Frauen mitzuersehen seien, wurde hier eine Änderung beantragt, um Mißverständnissen vorzubeugen. Es wurde vom Ausschusse die Frage an die Regierung gerichtet, ob es nicht „zweckmäßiger“ sei, „jeder deutsche Mann“ zu sagen? Die Regierung antwortete auf diese Frage, sie halte es für richtiger, wenn hinter das Wort „Deutsche“ die beiden Worte „männlichen Geschlechts“ eingeschaltet würden. Die Mehrheit des Ausschusses hat sich diese Anregung der Regierung zu eigen gemacht und stellt einen dementsprechenden Antrag. Interessant dürfte hierbei sein, daß die Fragestellung von dem liberalen Bürgermeister Koch angeregt wurde. Eine Minderheit des Ausschusses, die Abgg. Schulz und Zeidler beantragen hinter dem Worte „Deutsche“ einzufügen: ohne Unterschied des Geschlechts. Sie begründen ihre Stellungnahme folgendermaßen: In ihrer Eigenschaft als Hausfrau und Mutter erfüllt die Frau in der Leitung des Hauswesens und in der Erziehung der Kinder ohne Zweifel eine ebenso ernste und für den Staat wichtige Aufgabe wie der Mann durch seinen Beruf. Die Summe der Schädigungen, die sie an Leben und Gesundheit als Mutter ihrer Kinder zu erleiden hat, ist wahrlich größer als diejenige des Mannes im Kriege. Die Steuerpflicht ist ihr im vollen Umfange auferlegt, auch trägt die verheiratete Frau dieselbe Verantwortung für ihre wirtschaftliche Existenz wie der Mann. Ist demnach das Maß der Pflichten der Frau der Allgemeinheit gegenüber demjenigen des Mannes gleich zu achten, so sind ihre Rechte geringer. Es ist ihr auf allen Gebieten versagt, ihre Kraft, ihre Persönlichkeit im öffentlichen Leben zur Geltung zu bringen, vor allem ist das Gebiet der Gesetzgebung ihrer Mitwirkung verschlossen. Im Artikel 115 wird weiter die Wahlberechtigung von einer dreijährigen Aufenthaltsdauer im Großherzogtum abhängig gemacht. Während sich die Mehrheit des Ausschusses hiermit einverstanden erklärt, hält die Minderheit (Schulz und Zeidler) diese Wartezeit für viel zu lang und beantragt, dieselbe auf ein Jahr festzusetzen. Richtet sich diese Verordnung doch lediglich gegen die arbeitende Bevölkerung, und es gehört doch wahrlich nicht erst eine Wartezeit von drei Jahren dazu, um sich ein Urteil zu bilden, wenn man bei einer Wahl seine Stimme geben soll. Von der Regierung wird dieser Antrag sowie derjenige betreffend Frauenwahlrecht als unannehmbar erklärt. Dieselbe Minderheit beantragt statt des vollendeten fünfundzwanzigsten Lebensjahres als Alter zur Wahlberechtigung das „einundzwanzigste“ zu setzen. Die Regierung läßt auch hier das „unannehmbar“ ertönen. Für die Verheiratung der dreijährigen Wahlperiode, statt der im Entwurf vorgesehenen fünfjährigen Periode fand sich eine Mehrheit im Ausschusse, welche dies als eine wesentliche Verschlechterung ansieht und einen dementsprechenden Antrag stellt, während eine Minderheit, Falz, Hollmann, Rodenbrock und Voß-Vansdorf, für den Entwurf stimmt. Eine Mehrheit beantragt dann, daß der Entwurf dahin zu ändern sei, daß jeder Abgeordnete in einem besonderem Wahlkreise gewählt wird. Die letzteren Abgeordneten sind der Meinung, daß die direkte Wahl auch unbedingt die Einführung von Einzelwahlkreisen nach sich zieht. Während eine Minderheit die Abgeordneten Driver, Rapphorn und Tangen, die Gruppen wohl beizubehalten wünscht. Dies sind die hauptsächlichsten Anträge, welche vom Ausschusse gestellt sind. Es ist nun noch garnicht abzusehen, wie die Vorlage im Plenum des Landtages aufgenommen wird. Schließlich kommt es ja auch darauf an, wie der Landtag im nächsten Jahre zusammengesetzt ist, da es sich ja hier um Änderungen des Staatsgrundgesetzes handelt und diese von zwei aufeinander folgenden Landtagen mit dazwischen liegender Neuwahl beschlossen werden müssen.

Theater und Musik.

Stadtheater-Propositorium. Das Glöckchen des Eremiten, komische Oper in 3 Akten von Maillart. Es ist nur zu begrüßen, daß die Direktion Maillards Oper in das Repertoire aufgenommen hat; die reizvolle Musik und das nicht ganz uninteressante Libretto finden und verdienen noch immer Anklang beim Publikum. Am Sonntag gelangte „Das Glöckchen des Eremiten“ unter Leitung des Kapellmeisters Abendroth zu einer durchweg erfreulichen Wiedergabe. Fr. G. Arden sang die Rolle Friquet sehr annehmbar; dasselbe hätte sie namentlich im ersten Akt mehr die wilde Hummel herausfahren müssen, als die Rose überall in ihrem Dorfe verfahren ist. Vortrefflich war Herr Mart als Sylvain. Den Pächter Thibaut gab Herr Heydrich in feindlicher Weise. Trotz heißen Bemühens wollte es Herrn Ferling nicht recht gelingen, den temperamentvollen Dragoner-Unteroffizier Bellaney glaubwürdig zu gestalten; er ist dafür zu schwerfällig. Gesanglich war er gut. Erwähnt sei noch Fr. Bonander, die als kochende Pächtersfrau im Spiel allerdings verschiedene Wünsche unerfüllt ließ. Die Chöre gingen im allgemeinen befriedigend. Das gutbesetzte Haus nahm die Vorstellung sehr beifällig auf. P. L.

Letzte Nachrichten.

Breslau, 10. Febr. Der gestern auf dem Gelände der Zegelei Gaswerke entflohenen Ballon „Schudi“ des Berliner Vereins für Luftschiffahrt ist, der „Schles. Zig.“ zufolge, am Sonntag nachmittag 2^{1/2} Uhr in Altrögnitz bei Trautenau (Böhmen) geborgen worden. Die Ballonhülle wies einige Risse auf.

Deutsches-Gyml., 10. Februar. (Amtlich.) Die Strecke Osterode-Thorn ist zwischen den Stationen Deutsch-Gymlau und Jamicznitz voraussichtlich auf 12 Stunden, die Strecke Soldau-Lautenburg voraussichtlich auf 48 Stunden durch Schneeverwehung gesperrt.

Königsberg, 10. Februar. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Am 10. Februar, vormittags 8 Uhr 30 Minuten, fuhr eine Leermaschine von Baitowen bei der Einfahrt in den Bahnhof Neundorf auf den dort im Schnee festgefommenen Zug 361. Die Maschine und sämtliche Wagen wurden beschädigt. 12 Personen wurden verletzt, ein Reisender und ein Heizer schwer. Die Strecke Lyde-Johannesburg ist bis auf weiteres durch Schneeverwehungen gesperrt. Die Dauer der Verkehrshörung ist vorerst unbestimmt. Die Verletzten wurden mit einem Hilfszug nach Lyde übergeführt. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

Grindelwald, 10. Febr. Der Direktorial-Stellvertreter Eugen Wolff der Österreichischen Anglo-Bank in Wien, der in Begleitung mehrerer Herren und zweier Führer den Weg von Lötchenlute nach Grindelwald auf St. Schne-

schuhen machen wollte, ist beim Aufstieg zum oberen Mänchejoch durch Verlassen des gebahnten Weges in einen 70 Meter tiefen Gletscherpaß gestürzt und tot geblieben. Eine Bergungsexpedition von 12 Führern begibt sich heute Nacht auf den Weg.

St. Georgen (Schwarzwald), 10. Febr. Bei einem Feuer in dem einsam gelegenen Hause eines Arbeiters fanden die halbgelähmte Mutter des Feigers sowie seine drei Kinder im Alter von 1—4 Jahren ihren Tod in den Flammen.

Paris, 10. Febr. Von den bei der Kesselexplosion auf dem Kreuzer „Jeanne d'Arc“ verletzten 12 Matrosen sind 8 sofort nach ihrer Einlieferung im Marinehospital ihren Wunden erlegen. Ihre Befreiung findet heute statt. Auch der Zustand mehrerer anderer Verwundeten ist höchst bedenklich.

London, 10. Febr. Bei dichtem Nebel stieß gestern früh der holländische Dampfer „Bonbei“ von Amsterdam mit dem Schoner „Fisher“ zusammen. Der Schoner sank fast augenblicklich. Die aus 8 Mann bestehende Besatzung ist ertrunken.

Literarisches.

Der „Süddeutsche Postillon“ läßt in seiner Nummer 4 an Kraft des Ausdruckes wirklich nichts zu wünschen übrig. Das Titelbild zeigt eine merkwürdige Art Baracke — Duridans Gel — angetan mit der Haut des Eisernen Kanzers. A. Fiebiger bringt ein nettes Bild: Die Einübung des Hofnizes. Ein Vorbild stellt das Rätsel zu lösen: Wo ist der Freisinn? Ein Schlußbild belehrt jene, die auf den Kanzer hoffen. — Aus dem textlichen Inhalt ragt hervor: Volksvorstellung (Leitged.). — Die Seeschlacht von Kassel (Geb.). — Russische Sorgen. — Sittlichkeit in Lübeck. — Lante Cäcilie (Schluß). — Aus der Predigt des Pfarrers Muter (Geb.). — Lieb' Belgoland, sammt ruhig sein (Geb.). — Arbeitslos — Arbeiterlos (Geb.). — Freisinnige Manneswürde (Geb.). — Im siebenten Himmel (Schluß) und viele herzerfreuende Trümpele und Schlagere. Die Nummer kostet 10 Pf., sie ist in allen unseren Buchhandlungen zu haben.

Die geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. In dem soeben erschienenen Heft 15 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek behandelt Dr. Julian Macfarlane die geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Verlag: Buchhandlung Vorwärts. Preis 20 Pf. Was können und müssen die Eltern tun, um das Kind aufzuklären über die Wunder der Zeugung, Entwicklung und Geburt, und es zu bewahren vor halber Erkenntnis, vor sittlicher Verderbnis, vor Gefahren, wie sie insbesondere den Großstadtkindern inner- und außerhalb des Hauses drohen? Eine schwierige Aufgabe, schwieriger noch zu erfüllen in der Arbeiterfamilie bei dem bestehenden Wohnungselend mit seinem Schlafstellenunwesen, mit dem Zusammengepfirschtsein von Eltern und Kindern, Jungen und Alten verschiedenen Geschlechts in ein und demselben Raum, bei dem Mangel an Zeit und — oft genug auch — an den dazu erforderlichen Eigenschaften der Eltern: Wissen und Verständnis, Geschick und Takt, Zurückhaltung Schamgefühl. Und doch — gerade in vorgeschrittenen, aufgeklärten Arbeiterfamilien muß diese Aufgabe gelöst werden, darf dem witzbegierigen Kinde auf die Frage, woher die Kinder kommen? nicht mehr mit dem Märchen vom Storch geantwortet werden, müssen Vater und Mutter mit dem nötigen Ernst und mit der nötigen Rücksichtnahme auf das jeweilige Verständnis des Kindes die Wahrheit sagen. Man muß dem Kinde Wahrheit geben, nichts als Wahrheit, aber — nicht die ganze Wahrheit“ (Lessaing). Den Eltern diese Aufgabe zu erleichtern, ihnen die Mittel und Wege zu weisen für die geschlechtliche Erziehung ihres Kindes, das will das vorliegende Heft. Der Verfasser, der über umfassende Kenntnisse auf naturgeschichtlichem Gebiet verfügt, versteht es ganz vortrefflich, besonders in dem Kapitel über das Wesen der Aufklärung, den Leser zur aufmerksamen und liebevollen Beobachtung des Werdens in der Natur anzuleiten. Die Darstellung ist überaus eindrucksvoll, voller Wärme und poetischen Reizes. Mag die Schrift gelesen werden und viel Nutzen stiften!

Von der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“ ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, das 14. Heft erschienen. Es behandelt die Verhütung und Heilung des Stotterns. Das Heft bietet weit mehr, als der Titel besagt. In einer mit mehr als fünf Abbildungen ausgestattetem Einleitung gibt der Herausgeber einen kurzen Abriss der gesamten Lehre von der Stimme und Sprache, eine Beschreibung der stimmbildenden Organe und der verschiedenen Mundstellung bei der Bildung von Vokalen und Konsonanten. Er schildert ferner die Sprachstörungen und die Entwicklung der Sprache beim Kinde. In den nun folgenden Kapiteln: Die ersten Anfänge des Stotterns. Welcher Mittel bedient sich das Kind, um nicht als Stotterer erkannt zu werden? Wie behandeln wir das stotternde Kind bei den ersten Anfängen des Leidens? Welches ist das geeignete Heilverfahren? teilt dann der Verfasser, selbst ein geheilter Stotterer, seine bei der Erziehung des Kindes von jedem zu beherzigenden Erfahrungen mit. Wir zweifeln nicht daran, daß diese Ausführungen, die den tiefen Blick des Verfassers in das Seelenleben der Stotterer und das warme Mitleid mit denselben verraten, gerade in ihrer ungekürzten Einfachheit den Eltern willkommen sein und die nötige Beachtung bei Eltern und Erziehern finden werden.

Jedes Heft der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek kostet 20 Pfennig. Jede Buchhandlung und jeder Kolporteur liefert auf Bestellung die Hefte.

„Frauenleiden und deren Verhütung“, nebst einem Anhang „Die Verhütung der Schwangerschaft“. Von Dr. J. Zabel. Neue, durchgesehene Auflage mit neuen Illustrationen. 50.—61. Tafeln. (Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek Heft 11). Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68. Die große Nachfrage nach dem Buchlein ist der beste Beweis für seine Nützlichkeit. Die neue Auflage ist verbessert und vermehrt. Die Illustrationen sollen das Verständnis des Lesers erleichtern. Das Heft kostet 20 Pf., eine Ausgabe auf gutem Papier 50 Pf. Es kann durch alle Buchhandlungen und Kolporteur geliefert werden.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachrichten und die mit P. L. bezeichneten Artikel Paul Vogel für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellingsma. Verleger: J. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Familien in Lübeck

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und genügende Beachtung. Der Erfolg rechnet inserierte in „Lübecker Volksboten“.

Inserate

Sonntag nachmittag 8 1/2 Uhr entschlief
nach langem Leiden unsere gute Mutter
Margarete Spethmann, geb. Kähler,
im 69. Lebensjahre.
Tief betrauert von den Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Donnerstag
vorm. 11 1/2 Uhr von der Kapelle Burgtor
aus statt. Trauerfeier 11 1/2 Uhr.

Danksagung.

Allen Verwandten, Freunden u. Bekannten
für die vielen Beweise der Teilnahme und
die zahlreichen Kranzspenden, dem Herrn
Hauptpastor Gaensel für die trostreichen
Worte, der „Graphischen Liebtafel“ für
den am Grabe gewidmeten Gesang, sowie
dem Buchdrucker-Verein und allen, die unsern
Lieben Verstorbenen zur letzten Ruhe geleitet,
unsern herzlichsten Dank.

Familie Fegbeutel.

Den Mitgliedern des Turnvereins Eichen-
tranz von Schwartau und Rensfeld spreche
ich den besten und innigsten Dank aus für die
gute und schöne Unterstützung.

Albert Hinz, Schwartau.

Paul Rewold to sien 50. Geburtstag een
999 mal donnerdes Hoch, dat de ganze Ge-
orgstraat wackelt. Nu rah mat.

Zu sofort ein freundl. Logis zu vermieten
Segebergstraße 8, 2. Etage.

Zum 1. April eine Wohnung mit Stall
und Garten für 150 Mk. zu vermieten.

Wilm. Winkelmann, Schönböcken,
Chaussee.

Gesucht zu Ostern
ein kräftiger Junge
zur Fischerei bei gutem Lohn.
Heinrich Witt, Gotthard b. Lübeck.

Gesucht zur Aushilfe zu
sofort eine perfekte

Wnlegerin

bei gutem Lohn.
„Lübecker Volksbote“.

Ges. ein Kanarienzuchthahn u. Weibchen.
Offerten mit Preisangabe unter S. L. B.
an die Exped. d. Bl.

Billig zu verkaufen ein H. Haus mit 2
Wohnungen. Preis 6800 Mk.

Bülomstr. 8.
Eine Trittmähmaschine zu verkaufen
Kauflstr. 15a.

Die beleidigenden Worte, die ich gegen Frau
Gagom, geb. Fick, u. Frau Fürk, geb. Vetterlen,
hier selbst gebraucht habe, nehme ich hiermit
zurück. Frau Berta Tatusch, geb. Sausel.
Schönböcken, den 8. Februar 1908.

Rasier- und Friseur-Salon,
aufmerksame u. saubere Bedienung.
G. Koch, Friseur, Mühlenstr. 6.

Zu den bevorstehenden Maskenbällen
empfiehlt seine

Maskengarderobe
H. Vitense, Inh. C. Mees,
Johannisstraße 47.

48b Königstraße 48b.
Ziegenfleisch Pfd. 30 u. 40 Pfg.
Schweinefleisch Pfd. 60 "
Rindfleisch Pfd. 60 "
Karbonade Pfd. 70 "

Beerdigungs-Institut Gebr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

Uebernahme ganzer Beerdigungen.

Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- und Blattkränzen
Einkleidungen jeder Art. * * * * * Billigste Preise.

Gebe von heute an auf sämtliche Waren

rote Rabattmarken.

C. Krapp, ob. Wahnstr. 6, Butter- u. Fettwarenhandlung.

Gesangverein „Eintracht“

Grosser Masken-Ball

am Sonntag, den 1. März 1908,
in sämtlichen Räumen des Vereinshauses Johannisstrasse 50-52.

Saalsöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende 4 Uhr.

Um 8 Uhr: Großer Maskenzug. Demaskierung 12 Uhr.

Tanz für Zuschauer von 6-8 Uhr und 12-4 Uhr.

Eintrittspreis für Mitglieder 40 Pfg., eine Dame frei.

Eintrittspreis für Fremde 80 Pfg. pro Person.

Karten sind zu haben: Lecke, „Vereinshaus“, Wittfoot, Hüxstraße 18, Karl Dose,
Glozinstraße 16, Gust. Ehlers, Augustenstraße 15, L. Klein, Hüxstraße 94, Nielsch,
Engelsgrube 91, C. Gasten, Dantwarsgrube 18, und bei sämtlichen Komiteemitgliedern.
Karten für Mitglieder werden nur vom Boten J. Hömmler, Wahnstraße 85, bis zum
29. Februar und Sonnabend von 9-10 Uhr abends im „Vereinshaus“, Johannisstraße,
ausgegeben.

Eingang für Masken: Johannisstraße 52.

NB. Fremde Pierrots und Kinder haben keinen Zutritt.

Das Komitee.



Für wenig Geld
eine umfangreiche wertvolle Bibliothek
zusammen zu stellen, ist mit Hilfe von
Reclams
Universal-Bibliothek
leicht möglich. Diese in vielen Mil-
lionen von Bänden über den ganzen
Erdball verbreitete, bedeutendste deut-
sche Büchersammlung bietet in sehr
mehr als 3900 Nummern à 20 Pfennig
den vielseitigsten und gediegensten Les-
stoff, sowohl zur Unterhaltung als auch
zum Studium. Die Universal-Bibliothek
enthält mehr als 2500 Nummern Unter-
haltungslektüre der bedeutendsten Er-
zähler aus der Weltliteratur, mehr als
1400 Nummern Bühnenwerke und etwa
1000 Nummern wissenschaftlicher Texte.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Hansa-Halle.

Fackenburg Allee 100/104.

Größter Wettstreit für schönste Maskenkostüme.
100 Mark in bar.

Erster Herrenpreis 30 Mk., zweiter Preis 20 Mk.
Erster Damenpreis 20 Mk., zweiter Preis 10 Mk.
dritter Preis 10 Mk., vierter Preis 10 Mk.

Karten im Vorverkauf 60 Pfg., Damen 30 Pfg.
Karten an der Kasse 1 Mk., Damen 50 Pfg.

Karten sind zu haben in der
„Hansa-Halle“
bis Sonnabend, den 15. Febr.

Sonntag, 16. Febr.:
Gr. öffentl. Maskerade
nach nie dagewesenen!

Sonntag, 16. Febr.:
Gr. öffentl. Maskerade
nach nie dagewesenen!

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.

H. Schreiber, Breitestr. 24

Abreisenden

aufbewahrt und nachgesandt werden Gegen-
stände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im
Lagerhaus u. Expeditions-gesch. Fischergr. 52.

Metallarbeiter!

Die Mitglieder-Versammlung am
Mittwoch, den 12. d. M. fällt
aus.

Die Ortsverwaltung.

Blut und Eisen

Krieg und Kriegerium in alter und neuer Zeit von Hugo Schulz.

Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts her-
ausgegebenen „Kulturbilder“. In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der
Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenschen gespielt hat, welche Greuel
er gestiftet, welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in
welcher Weise er auf die innere Entwicklung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegs-
geschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen,
wie sehr auch die Formen des Kriegführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen
Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die
sieghafte Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. Porträts,
Schlachtenbilder, beleagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgreueln, Soldaten-
typen, Spottbilder und Waffengattungen sollen die lehrreichen Darlegungen veranschau-
lichen und beleben.

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg. — Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben.



Jedes Heft ist reich illustriert!

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46,**
sowie deren Kolporteurs und Ausführer.

Die Lohnbewegungen im Baugewerbe

hatten noch in keinem Jahre zuvor eine solche Bedeutung wie im gegenwärtigen. Nicht nur, daß mit dem Beginn dieses Frühjahres in Hunderten von Orten die Tarifverträge im Baugewerbe ablaufen, sondern es kommt hinzu, daß die baugewerblichen Unternehmer den Arbeitern den heftigsten Kampf gerabezu angefangen haben. Dies geht mit aller Deutlichkeit aus dem vom „Grundstein“ veröffentlichten Protokoll der Generalversammlung des „Arbeitsverbundes für das deutsche Baugewerbe“ hervor. Insbesondere wollen die Mitglieder des Unternehmerbundes einer Verkürzung der Arbeitszeit aufschärfte entgegenzutreten und ferner in die neu zu schließenden Verträge schärfste Bestimmungen hineinbringen, um die Bewegungsfreiheit der Arbeiter zu beschränken. Aber auch eine allgemeine Lohnerhöhung, die doch ganz unumgänglich ist, lehnt der Unternehmerbund grundsätzlich ab.

Diese starre Verneinung, ja auch der heftigste Widerstand, verstärkt durch Ausperrungen, und alle angebotenen Maßnahmen des Unternehmerbundes können aber die Arbeiter nicht ablocken, dennoch Forderungen zu stellen und für ihre Durchführung auf das lebhafteste und energischste zu wirken.

Zu den Orten, wo der Tarifvertrag Ende März abläuft und wo demnächst Verhandlungen über neue Arbeitsbedingungen stattfinden werden, gehören auch Frankfurt a. M., Wiesbaden, Mainz, Darmstadt, Kassel, Mannheim und andere namhafte Städte in den heftigsten Landen. Für alle diese Orte sind in den letzten Wochen seitens der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter neue Forderungen aufgestellt und den Unternehmern am 31. Januar übermittelt worden. Für das Maurergewerbe kommen alle Arbeiterorganisationen in Betracht: der Zentralverband der Maurer Deutschlands, der Zentralverband baugewerblicher Hilfsarbeiter und der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter. In den örtlichen Organisationen aller drei Verbände ist über Arbeitszeit und Löhne das Folgende beschlossen worden:

In Kassel, Darmstadt, Frankfurt a. M., Hanau, Höchst a. M., Mannheim-Ludwigshafen, Mainz, Offenbach a. M. und Wiesbaden wird für die Sommermonate die jetzt zehnstündige Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden verkürzt. In allen übrigen in dem dortigen Bezirk in Betracht kommenden Orten bleibt die zehnstündige Arbeitszeit vorläufig als Maximum bestehen.

Die geforderte Lohnerhöhung beträgt in den Großstädten nur 6 Pfg. pro Stunde; in einigen anderen Orten, wo die Arbeiter noch verhältnismäßig schlechter gestellt sind, soll der Stundenlohn um 8 bis 10 Pfg. steigen.

Aber die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung und der nicht minder unabwendbaren Lohnerhöhung hat der Vorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands eine Denkschrift herausgegeben.

In der Denkschrift wird statistisch nachgewiesen, daß von 9406 in 20 der größten Arbeitsorte ermittelten Maurern nicht weniger als 6753, das sind 72 Proz., auswärtig wohnen. Für Frankfurt allein kommen 144 Ortshäuser als Wohnstätten für die in der Stadt beschäftigten Maurer in Betracht. Von diesen 6753 Maurern hatten im verfloßenen Jahre einen Verkehr zwischen Wohnort und Arbeitsort:

a) 5043 Personen = 74,69 Proz. aus 412 Orten täglich unter Mitbenutzung der Eisenbahn;

b) 933 Personen = 13,81 Proz. aus 91 Orten täglich nur zu Fuß, und

c) 777 Personen = 11,50 Proz. aus 192 Orten wöchentlich unter Mitbenutzung der Eisenbahn.

Die 5976 Personen unter a) und b) müssen zum großen Teil, um zur rechten Zeit den Arbeitsplatz zu erreichen, ihre Wohnung morgens bald nach 4 Uhr verlassen und können größtenteils erst gegen 7 1/2 abends, vielfach noch später, zu Hause sein.

Sehr treffend wird in der Denkschrift gesagt: Wer 12 Stunden, davon 10 Stunden bei harter Arbeit, an den Arbeitsplatz gebannt ist, daneben eine mehrstündige Hege nach und von der Arbeitsstätte zu überwinden hat, der ist schlimmer daran als das liebe Vieh. 14, 15, 16, ja 17 Stunden des Tages läßt man, ja in der Regel kein Pferd in den Sattel, und wieviel höher sollte doch der Mensch, auch der geringste Arbeiter, gemietet werden!!

Ein sehr eingehender Nachweis wird auch für die Notwendigkeit der Lohnerhöhung geführt. Neben dem Familienstand der Maurer ist der jetzige Stundenlohn für jeden Mann einzeln und im Durchschnitt dargestellt.

Der Jahresdurchschnitt beläuft sich auf 1163 Mk. Infolge außergewöhnlicher Arbeitslosigkeit Krankheit usw. verringert sich jedoch in sehr vielen Fällen der Verdienst unter Umständen um Hunderte von Mark.

Von dem rechnungsmäßigen Jahresverdienst sind durchschnittlich 210 Mk. für Wohnungsmiete und Fahrgehalt aufzuwenden. In mehreren Orten geht diese Ausgabe nahe an 300 Mk. heran. Feuerung, Licht, Kleidung, Wäsche, Schuhzeug, Hausstandssachen verschlingen ebenfalls große Summen. Da der Mann, abgesehen von den Sonn- und Feiertagen, nicht gemeinsam mit seiner Familie essen kann, wird der Haushalt natürlich erheblich verteuert. Aber selbst hiervon abgesehen, bleiben, nach Abzug aller übrigen notwendigen Ausgaben, einer dreiköpfigen Familie kaum 60 Pf. pro Tag für Essen und Trinken. Dem Manne, der vielfach auf den Verkehr in Wirtschaften angewiesen ist, wird man aber mehr als das Doppelte dieser Summe zugestehen müssen, ohne behaupten zu können, zur Schlemmerei anzureizen. Frau und Kinder müssen sich dann mit dem behelfen, was übrig bleibt, und das ist nach unserer Rechnung allerdings so wenig, daß es kaum vor dem langsamen Verhungern schützt.

Nach alledem gibt es keinen anderen Weg, als daß der Lohn der Maurer und auch der übrigen baugewerblichen Arbeiter ganz erheblich aufgebessert wird: Lohnerhöhung unter allen Umständen. Lohnerhöhung in solchem Verhältnis, daß bei der dringend notwendigen Arbeitszeitverkürzung ein den Teuerungsverhältnissen entsprechender höherer Tagesverdienst erzielt wird.

Das Unternehmertum wird es nicht verantworten können, wenn es so berechtigten Forderungen gegenüber an dem Standpunkte der absoluten Negation festhält!

Soziales und Parteileben.

Zur Sache gegen die Krankenkasse in Chemnitz. In der Hand der Schmutzbrochüre des inzwischen wegen gemeiner Erpressung eingekerkerten Schubert und seines ebenfalls eingekerkelten Kronzeugen hatten die in Verächtlichung gegen die Krankenkassen arbeitenden Organe allerlei Unwahrheiten über die Leitung der Ortskrankenkasse verbreitet. Auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hatte als vermeintlichen Beweis für Ordnungswidrigkeiten in der Kasse auf das von Unwahrheiten strotzende Machwerk Schuberts hingewiesen. Sie scheint so stark an der Kette dieses Erpressers oder seiner Hintermänner zu liegen, daß sie

bislang noch nicht einmal von Schuberts Einperrung wegen Erpressung zu berichten vermochte. Am Donnerstag fand vor dem Chemnitzer Schöffengericht eine Verhandlung statt, die wieder eine der gegen den Vorstand geschleuderten Verächtlichungen als solche charakterisiert. Von Schubert und Genossen war u. a. behauptet worden, daß der Vorstand der Gemeinamen Ortskrankenkasse zu Unrecht von den Wöchnerinnen Klassenbeiträge erhoben habe. Man ließ dabei durchblicken, daß sich der Vorstand berechtigt habe. Die Staatsanwaltschaft nahm sich der Sache an. Sie verzögerte sich bis nach der Vertreterwahl. Am Tage nach der Wahl machte der erste Staatsanwalt bekannt, daß die Erörterungen schon längst abgeschlossen seien, daß nur noch ein Verfahren gegen einen früheren Beamten schwebte, nicht aber gegen die Leitung der Kasse. Am Donnerstag wurde nun gegen den vom Kassenvorstand wegen grober Pflichtwidrigkeiten entlassenen früheren Bevollmächtigten Friedemann vor dem Schöffengericht verhandelt. Er stand unter der Anklage des Betruges. Die Verhandlung ergab, daß F. eine die Wöchnerinnenbeiträge betreffende Entscheidung des städtischen Versicherungsamtes nicht an den Vorliegenden abgegeben, ihr auch vom Inhalt nicht in Kenntnis gesetzt hatte. Er hatte vielmehr angeordnet, daß diejenigen Arbeitgeber, die sich weigerten, keine Wöchnerinnenbeiträge zu bezahlen hätten, daß es aber bei den anderen bleibe wie bisher. Daraus resultiert die bekannte zweifelhafte Einhebung der Wöchnerinnenbeiträge, für die man zu Unrecht den Vorstand verantwortlich gemacht, ja ihm unlaute Motive untergeschoben hatte. Der Angeklagte ist im Jahre 1893 bei der Kasse als Kopist eingetreten und im folgenden Jahre von dem damaligen Vorsitzenden, dem heutigen Landtagsabgeordneten Langhammer als Bevollmächtigter eingestellt worden. Der Amtsanwalt wurde dem Angeklagten zum Verteidiger; er bemerkte, daß F. weder das Recht noch die Pflicht gehabt habe, eine Änderung herbeizuführen. Das Gericht erachtete aber F. mit Recht für schuldig und verurteilte ihn zu 200 Mark Geldstrafe.

Freiwillige Sozialpolitik. Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich mit einer Vorlage des Magistrats auf Speisung bedürftiger Schulkinder. Der Magistrat beantragte Bewilligung von 20 000 Mk. für die Monate Februar und März. Ob wirkliche Hilfsbedürftigkeit vorliege, solle durch die Organe der Armenverwaltung festgestellt werden. Die Sozialdemokraten, von einem Teil der Freiwilligen unterstützt, erhoben gegen die Einfügung der Armenverwaltung lebhaften Protest und beantragten, daß mit dieser Aufgabe die Schulkommission zu beauftragen sei. Dieser Antrag wurde von der freiwilligen Mehrheit in zweifelhafter Abstimmung abgelehnt. Die erbitterte Deposition zweifelte die Nichtigkeit dieser Abstimmung an und forderte ihre Wiederholung. Die Weigerung des Vorsitzenden, diesem Wunsche nachzukommen, rief einen Tumult hervor. Die Sitzung wurde abgebrochen, erst nach einer Viertelstunde wieder aufgenommen und unter geringer Beteiligung zu Ende geführt.

Wiesenüberschüsse auf der einen, Hunger und Elend auf der anderen Seite. Die Harpener Bergbau-Mitteleisen-Gesellschaft hat in den beiden letzten Quartalen einen Betriebsüberschuss von 11 132 000 Mk. erzielt, gegen 9 251 000 Mk. resp. 7 265 000 Mk. in der gleichen Periode der beiden letzten Vorjahre. Der letzte Halbjahresabschluss überragt den vorausgegangen um rund 2 000 000 Mk., gleich 22 Proz. Das ganze Jahr 1907 brachte einen Überschuss von 20 Millionen Mark, gegen 18 Millionen Mark im Jahre 1906. Die Porzellanfabrik in Kahla (Altenburg) hat soviel Gewinn aus ihren Arbeitern herausgeholt, daß sie ihren Aktionären 25 Proz. Dividende zahlen kann. Die letzten Jahre wurden sogar je 35 Proz. gezahlt. Bei der Baumwollspinnerei Rote Erde in Pocholtz i. W. hat sich der Reingewinn im letzten Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahre verdoppelt. Der Generalversammlung wird vorgeschlagen, 12 (6) Proz. Dividende auf 500 000 Mk. Vorzugsaktien zu verteilen. Die

König Jakobs letzte Tage.

Ein historischer Roman von Theodor Mügge.

(20. Fortsetzung.)

„Still, Mylady, still!“ flüsterte Burnet. „Um des Himmels willen ziehen Sie keine Zeugen aus dem Wohnzimmer herbei.“

„Wie, Burnet? Sie sind es?“ erwiderte die Dame.

„Ich bin es,“ sagte der Doktor, ihr ins Zimmer nachfolgend und seinen Begleitern winkend, „und hier ist Miß Grey und ihre Begleiterin samt meinem jungen Freunde. Wollen Sie mir einen Augenblick Ihr Ohr, Lady Churchill.“

Er ergriff die Hand der Lady und trat mit ihr auf die andere Seite des Zimmers nahe an eine Tür, durch welche lautes Lachen und das lebhaft verworrene Geräusch mehrerer Stimmen drangen.

Die dunkelrot und goldgewirkten Tapeten verschluckten das Licht der Kerzen, welche auf Wandleuchtern brannten, und hüllten die Gestalten in einen noch tieferen Dämmerchein aus welchem der stolze und freie Kopf der Lady Churchill gebietend emporragte.

Sara Jennings war die Schwester jener wilden, leichtsinnigen Franziska, die einst mesalinienartig, unerfährlich, als Orangenmädchen bei nächstlicher Weile durch Londons Straßen schweifte, und deren Leben ihrer Zeit zur würdigen Beurteilung dienen kann; denn sie, die in allen den schändlichen Drogen glänzte, welche Whitehall zum Schauplatz der Lüste Karls des Zweiten machten, war jetzt die Gattin des mächtigen Grafen Tyrconnel, den Jakob zum Statthalter Irlands erhoben hatte. — Auch Sara hatte ein beschämendes Leben an der Seite ihrer Schwester geführt, bis Churchill sie heiratete, der, verlobt wie er war, doch wohl berechnen mochte, was die arme Sara mit ihrem Geiste und der innigen Jugendfreundschaft der Prinzessin Anna ihm stiften könne. — Noch prangte sie in der üppigen Schönheit, die so viele begehrliche Wünsche erregt hatte. Ihre ausdrucksvollen Züge wurden von einem feurigen Augenpaar anziehender gemacht, ihre schlanke Gestalt durch edle Formen und geschmackvolle Kleidung gehoben; einer ihrer schönsten, zumächst bewundernden Reize aber war ihr glänzendes, wallendes Haar, das in reichen lichtbraunen Locken um ihren Nacken floß und damals noch nicht von der barba-

rischen Mode, Mehlstaub darauf zu streuen, verunziert wurde.

Nach einem kurzen Gespräch kehrte Lady Churchill sich lebhaft um, und indem sie sich Lätitia näherte, sagte sie mit vieler Wärme: „Arme Miß Grey! ich kann es begreifen, daß Sie diesen elenden, verächtlichen Jeffreys ärger wie die Hölle haßen und lieber den Teufel heiraten möchten, wie diesen Taugenichts und Trunkenbold.“

„Lady Churchill,“ erwiderte die junge Dame, „ich preise mich glücklich, wenn meine Freunde mir Ihren Schutz erwerben, den ich auch für meine Begleiterin beanspruche, die würdige Frau Burns, leibliche Zante des Kanzlers zwar, aber nicht minder ein hilfloses Opfer seiner Ränke.“

„Seien Sie ruhig,“ sprach die Lady, „ich hoffe Ihnen so lange wirksamen Schutz zu verschaffen, wie wir selbst ihn besitzen. Warten Sie hier eine kurze Zeit, oder noch besser treten Sie in dies Kabinett. Ihre Lage ist so, daß ich nicht handeln will, ohne vorher andern Rat gehört zu haben.“

Sie deutete auf die Tür eines zweiten Zimmers, sprach mit Burnet noch einige leise Worte und kehrte dann zu der Gesellschaft zurück, die sie erwartete.

Als Lady Churchill eintrat, wurde sie von einem lustigen Gelächter empfangen. Die Prinzessin Anna lehnte sich in einen großen Sammetstuhl, deren mehrere um einen Marmortisch mit weit geschweiften Goldfüßen standen. Zu ihrer Seite lag der dänische Prinz Georg, ihr Gemahl, ein dicker junger Mann mit ausgepolstertem Gesicht und schlaffen, nichtsagenden Zügen, der ein Stück Papier um seinen Finger drehte. An der andern Seite auf einem Taburett hatte der schöne, stolze General Churchill Platz genommen, und neben ihm stand ein Gardekapitän in reicher blitzender Uniform, der Herzog von Grafton, einer der vielen natürlichen Söhne Karls des Zweiten, der etwas erzählt haben mußte, was das Gelächter bewirkte, und eben damit geendet hatte.

„Schade, Sara, daß Du nicht gehört hast, was der Herzog uns zum besten gab,“ rief die Prinzessin ihrer Vertrauten entgegen. — „Nachdem heut die Posten mit der Legitimation meines teuren Bruders, des Prinzen von Wales, vor Lords und Bischöfen gründlich durchgeführt worden ist, dessen man bewiesen hat, daß er nicht in einem

Bettwärmer in das Zimmer der Königin gebracht wurde, sondern wirklich geboren sei, hat man heute abend die erlauchten Herren wiederum berufen und aufs Gewissen befragt, ob einer unter ihnen etwa den Prinzen von Oranien ins Land berufen habe?“

„Sie haben natürlich alle beschworen, daß sie es nicht gewesen sind,“ rief die Lady.

„Sie haben sich bekreuzigt und ihren Abscheu gegen die Lügen des Prinzen von Oranien eben so ehrfurchtsvoll ausgedrückt, wie sie von der Echtheit der Geburt des Prinzen von Wales überzeugt sind,“ sagte Churchill.

„Aber am besten hat es Bischof Compton gemacht,“ lachte die Prinzessin. „Als er schwören sollte, sagte er zum Könige: Sire, ich bleibe bei dem, was ich Ihnen gestern gesagt habe, und beschwöre es.“

„Und was hat er gestern gesagt?“ fragte Lady Churchill.

„Ich bleibe bei dem, was ich immer gesagt habe,“ rief die Prinzessin, „man will die besten Freunde des Majestät als Verschwörer verleumdend.“

„So hat er einen wahren, unverwerflichen Eid geleistet,“ sagte die Lady. „Es ist ein ganzer Mann, der gute Bischof, der im Geheimrate sitzen sollte.“

„Ich wünsche ihm den besten Platz,“ fiel der Prinz Georg ein, „aber es ist verdammt langweilig, den ganzen Tag, und Tag für Tag nichts zu hören, als diese ewigen Verschwörungsgeschichten. — Eine volle Woche bin ich auf der Jagd gewesen.“

„Und warum sind Sie nicht noch länger geblieben?“ fragte Anna.

„Weil der König, wie Sie wissen, mich nach London rief, damit ich heute die Zauberpöfle der Legitimationsnachweise des Kindes mit ansehe, das Prinz von Wales genannt wird,“ antwortete der Prinz verbrüßlich.

„Ich begreife nicht,“ fuhr er dann unter dem Gelächter der übrigen fort, „warum Se. Majestät so begierig nach einem Sohn war, da ich dafür gesorgt habe, ihn gehörig mit Entfen zu versehen.“

„Und hoffentlich die Zahl derselben nicht abgeschlossen ist,“ fiel Lady Churchill ein.

Die Prinzessin zuckte leise die Schultern und schlug mit dem Fächer, der vor ihr lag, ihre Vertraute auf die Finger.

selbe Spinneret war aber im letzten Jahre nicht in der Lage, die Arbeiterforderungen zu erfüllen. — Die einzelnen Firmen der Textilindustrie in Bayern erzielten im abgelaufenen Jahre Reingewinne bis zu 1 1/2 Millionen Mark und verteilten Dividenden von 16 bis zu 27 Prozent. Die Arbeiter aber werden mit Löhnen von 6, 8 und 10 Mk. pro Woche abgeloht. Trotzdem ist die Mehrzahl der Arbeiter zwar nicht zufrieden, aber geduldig, bis man ihnen auch noch die Haut über den Kopf zieht.

Zehnjähriges Bestehen des Zentralverbandes der gewerkschaftlichen Arbeiter Deutschlands. Der „Seemann“ feiert in einer Festsnummer das zehnjährige Bestehen des Seemannsverbandes. Die Nummer enthält u. a. ein prächtiges Zeitgebiert von Atlantic, einen geschichtlichen Überblick von Paul Müller „Zehn Jahre Seemannsbewegung in Deutschland“ und einen ausführlichen Jahresbericht der Mitgliedschaft Hamburg-Altona für 1907. Die Entwicklung des am 1. Februar 1898 ins Leben getretenen Verbandes veranschaulichen folgende Zahlen:

Jahr	Eingelichriebene Mitglieder	Zunahme	Abnahme	Zahlende Mitglieder	Zunahme	Abnahme
1898	2840	—	—	1514	—	—
1899	5280	2440	—	2125	641	—
1900	8220	2940	—	2879	754	—
1901	7809	—	411	2898	117	—
1902	8261	452	—	2598	—	300
1903	7741	—	520	2944	346	—
1904	7283	—	508	3189	245	—
1905	9016	1775	—	3348	159	—
1906	13876	4473	—	6024	2676	—
1907	19854	5508	—	8080	2006	—

Deute erstreckt sich der Verband über fast alle Häfen des Nord- und Ostseegebiets und hat auch einige Filialen im Auslande.

„Der Seemann“ erscheint in einer Auflage von 10 000 gegen 1000 Exemplaren 1898.

So schreibt die Entwicklung des Verbandes zwar langsam, aber mit einer einzigen Ausnahme ununterbrochen seit 1898 aufwärts, vorwärts!

Der genossenschaftliche Umbildungsprozess der Landwirtschaft ist am weitesten vorgeschritten in dem Bauenland Dänemark. In der neuesten Nummer der „Mitteilungen der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft“ findet sich ein Bericht des landwirtschaftlichen Sachverständigen beim deutschen Generalkonsulat in Kopenhagen, Dr. Dollmann, über den derzeitigen Stand der dänischen landwirtschaftlichen Genossenschaften. Obenan steht die Vergenossenschaftlichung der Milcherzeugung. Die ersten dänischen Meiereigenossenschaften wurden 1882 gegründet, und zu Beginn des Jahres 1907 gab es 1086 mit 158,170 Milchkühen. Inzwischen waren 82,3 Prozent, also über vier Fünftel aller Betriebe mit Kuhhaltung an Genossenschaftsmolkereien angeschlossen. Am höchsten ist der Prozentanteil der angeschlossenen Betriebe auf der Insel Bornholm, wo 92 Prozent der Wirtschaften mit 96 Prozent des gesamten Kuhbestandes genossenschaftlich organisiert waren. Die lokalen Meierei-Genossenschaften sind weiterhin zu Verbänden zusammengeschlossen, die sich die Vervollständigung der Produktion und die Bewertung resp. den Export der Produktion im großen zur Aufgabe stellen. Bekanntlich stehen die Großverkaufsgesellschaften der englischen und schottischen Arbeiterkassensvereine in regem Geschäftsverkehr mit den bäuerlichen Genossenschaftsverbänden Dänemarks. Der größte Teil der Meiereigenossenschaften (613 von 1086) ist auch an die gemeinschaftliche Einkaufsstelle angeschlossen, die alle landwirtschaftlichen Bedarfsartikel vermittelt und eine eigene Maschinenfabrik betreibt. An zweiter Stelle stehen die bäuerlichen Schlächtereigenossenschaften. Deren gab es zu Beginn des Jahres 1906 34 mit insgesamt 93 300 Genossen, was circa 40 Prozent der Betriebe mit Schweinehaltung ausmacht. Auch hier steht Bornholm an der Spitze, wo 53 Proz. der Betriebe mit 85, 8 Proz. des gesamten Schweinebestandes Mitglieder der Genossenschaftsschlächtereien waren. Den dritten Zweig der genossenschaftlichen Organisation bilden die Eier-Verkaufsgenossenschaften. Eine im Jahre 1838 aufgenommene Statistik stellte das Vorhandensein von 663 genossenschaftlichen „Eierkreisen“ fest, an die 50 789 Mitglieder angeschlossen waren mit einem Hünerbestand von zwei Millionen Stück, was rund einem Drittel des gesamten Hünerbestandes des Landes entspricht. Der größte Teil der Produktion wird durch Exportgenossen-

schaften nach England verkauft. Es sind vorwiegend die Klein- und Mittelbauern, die sich diese umfassende genossenschaftliche Organisation geschaffen haben, um vermittlels derselben ihre Betriebe auf den höchsten Stand der Leistungsfähigkeit zu heben. Durch dieselben ist es ihnen gelungen, nicht nur ihre wirtschaftliche Existenz zu behaupten, sondern sie von Jahr zu Jahr zu heben und zwar — ohne irgend welche landwirtschaftliche Schutzmittel. Ein lehrreiches Beispiel, das man unseren großagrarischen Hochschulgässlern nicht oft und eindringlich genug vor Augen stellen kann.

Der gekränkte Reichsverband.

In einem Buch, worin er auch die letzten Reichstagswahlen einer Betrachtung unterzieht, sagt Prof. Sombart über die Erfolge der Sozialdemokratie:

„Bei den Wahlen zum Reichstage im Frühjahr 1907 traten sich Bürgertum und Proletariat mit einer Schärfe gegenüber, wie kaum je zuvor. Der Erfolg war für die Sozialdemokratie so glänzend, wie er unter den schwierigen Bedingungen des Kampfes nur sein konnte. Sie behauptete nicht nur ihre Stimmzahl, sondern hatte noch einen Stimmengewinn von mehr als einer viertel Million. Das die im Jahre 1907 abgebenen dreieinviertel Millionen sozialdemokratischen Stimmen aber zuverlässiger, sicherer waren als die drei Millionen vier Jahre vorher, wird man annehmen dürfen, so daß äußere und innere Gründe zusammenwirkten, um die Parteigeschlossener, einheitlicher, einigiger zu gestalten.“

Dieses objektive und durchaus zutreffende Urteil des Gelehrten hat die Hauptlinge des Reichslügenverbandes in schäumende Wut versetzt. In der „Korrespondenz des Reichsverbandes“ wird Prof. Sombart wie folgt angehaucht:

„Man traue seinen Augen nicht, wenn man liest, daß ein deutscher Professor es wagt, mit einer solchen Darstellung die Reichstagswahlen von 1907 abzutun. Daß die Sozialdemokratie 1907 fast die Hälfte ihrer Reichstagsmandate verloren hat, verschweigt Sombart und bekennt es fertig, sogar aus der wichtigen Niederlage der Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen einen großen Sieg herauszustültern. Der Sturm nationaler Begeisterung, der vor Jahresfrist ganz Deutschland durchbrauste und drei Duzend sozialdemokratische Reichstagsitze hinwegjagte, ist an Werner Sombart spurlos vorübergegangen. Nicht ein nationaler Hauch hat den Herrn Professor berührt, der in seiner Sturheit die „wissenschaftlichen“ Waffen für die deutsche Sozialdemokratie schmiedet. Sombart ist sogar noch sozialdemokratischer als die Sozialdemokratie, denn selbst diese hat zugegeben, daß sie eine empfindliche Niederlage erlitten hat, und es steht fest, daß sich die Führer im Grunde mit dem billigen Trost der Stimmzunahme über die Größe der verlorenen Schlacht hinwegtäuschen.“

Es kann den Reichslügnern als mildernder Umstand anzurechnen werden, daß sie ein eminentes Interesse daran haben, die Darstellung Sombarts zu bekämpfen. Ist es nicht mit der wichtigen Niederlage der Sozialdemokratie, so ist es natürlich auch nichts mit dem „nationalen“ Verdienst des Reichsverbandes. Und glaubt der Phylister nicht mehr an diesen, dann — zählt er auch keine Subsidien mehr. Die aber tun den großen und kleinen Agitatoren bitter not. Daher der Spektakel!

Verammlung der Bürgerchaft.

P. L. Lübeck, 10. Februar 1908.
Der Wortführer Dr. Gorch eröffnet die Sitzung um 6 1/2 Uhr und macht der Bürgerchaft Mitteilung davon, daß ihm von der Frau Marie Friedrich, Unterricht 9, eine Eingabe zugegangen ist, in welcher um eine Entschädigung für den Wertverlust, den ihr Haus bei der Erhöhung des

Straßenmeasures erlitten hat, nachgesucht wird. Die Eingabe soll in der nächsten Sitzung verlesen werden. Weiter ist von Mustern eine Eingabe eingegangen, in welcher verlangt wird, die Behörden möchten den Beamten untersagen, sich durch Ausübung des Musterberufs Nebenwerb zu verschaffen.

Ohne wesentliche Debatte werden dann folgende Senatsanträge angenommen: Erhöhung des Gehaltes des Registrators bei der Hanseatischen Gesandtschaft. Nachträgliche Erhöhung der Positionen Art. 67 Ziffer 14 der Ausgabenliste und Art. 46 Ziffer 2 der Einnahmeseite des Staatsbudgets für 1908. Verstärkung des Abschnittes XIII der Ausgabenliste des diesjährigen Staatsbudgets um weitere 15 000 Mk.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Verleihung des Enteignungsrechts an das Finanzdepartement für das Erbpachtrecht des L. F. C. Oldenburg zu Israelsdorf an einem an der Travemünder Chaussee gelegenen Areal.

Lauenstein bittet, den Antrag nicht zu unterstützen. Die abzutretende Fläche ist so gering, daß ein Enteignungsverfahren nicht gerechtfertigt erscheint. Der Wegebauinspektor und Herr Oldenburg waren übrigens über den Preis von 1,20 Mk. pro Quadratmeter einig; das Finanzdepartement war natürlich anderer Meinung. Herr Oldenburg hat seinerzeit für ähnliche Gebietsabtretungen an der Schlutupener Chaussee den Preis von 1,20 Mk. pro Quadratmeter bekommen, warum soll man ihm jetzt weniger geben. Redner tritt sodann für die Ablösung der Realkassen ein und fragt, wann ein diesbezügliches Gesetz zu erwarten sei.

Senator Eschenburg bezeichnet den von Oldenburg geforderten Preis als zu hoch und ersucht um Annahme des Senatsantrages.

Senator Dr. Fehling: Die Grundlinien zum Ablösungsgesetz sind bereits festgelegt. Jedenfalls wird sich eine gemeinsame Kommission von Senat und Bürgerchaft mit dem Gesetz zu beschäftigen haben. Es seien nicht nur die Interessen der Landleute, sondern auch diejenigen des Staates zu berücksichtigen.

Dühring spricht die Bitte aus, das von Herrn Altesdorff bearbeitete Material möchte den Bürgerchaftsmitgliedern zugänglich gemacht werden. Weiter regt Redner eine Fahrt der Bürgerchaft durch die Enklaven an, damit man sich von dem schlechten Zustande der dortigen Chausseen überzeugen könne. Dann wünscht er Auskunft über den Wohnbau in den Enklaven. Die Bürgerchaft fühle sich gewöhnlich nicht als Landes-, sondern als Stadtparlament.

Senator Eschenburg meint, daß es richtig sei, wenn die Gemeinden, die Wünsche im Sinne des Vorredners haben, an den Staat herantreten und nicht der Staat an sie.

Dr. Wittern wünscht zu erfahren, welchen Preis das Finanzdepartement Oldenburg geboten habe.

Senator Eschenburg: Da Herr Oldenburg von dem Preis von 1,20 Mk. pro Quadratmeter nicht abgegangen ist, ist es zu weiteren Verhandlungen nicht gekommen.

Lauenstein: Auch die Stadtbewohner haben ein Interesse an der Ablösung der Realkassen. Redner bittet dann nochmals, dem Senatsantrag nicht zu folgen.

Senator Dr. Fehling: Das Finanzdepartement hat die Pflicht, das Enteignungsverfahren zu beantragen, wenn ihm der für das Areal geforderte Preis als zu hoch erscheint.

Buchwald tritt den Ausführungen Lauensteins entgegen, daß man 1,20 Mk. zahlen müsse, weil bereits früher 1,20 Mk. pro Quadratmeter bezahlt sind. Damals sind die 1,20 Mk. nur ungenutzt bezahlt worden; jetzt darauf zu fußen sei verfehlt.

Brösch-Harmsdorf: Dem Senat wird demnächst eine neue Eingabe betreffend die Wegeverhältnisse zugehen.

Dr. Wittern meint, es zeuge von Krämerei, wenn das Finanzdepartement wegen einer Lappalie den großen Apparat des Enteignungsverfahrens in Tätigkeit treten lasse.

Senator Eschenburg: Der Senat ist davon überzeugt, richtig gehandelt zu haben.

Fenne: Dühring als eines der jüngsten Bürgerchaftsmitglieder habe kein Recht so über die Bürgerchaft zu sprechen, als er getan habe. Die Bürgerchaft habe stets als Landesparlament gehandelt.

„Gordon“, rief der Prinz gähnend, „soll ich zu Bett gehen, oder wollen wir zusammen spielen, trinken und rauchen?“

„Befreit uns“, flüsterte Lady Churchill, welche neben dem Herzog stand, diesem in's Ohr.

„Ich siehe zu Befehl, königliche Hoheit“, sagte der Offizier.

„So kommt“, erwiderte der Prinz, sich schwerfällig aufrichtend. — Er ließ einen großen Jagdhund an, der schlafend vor ihm lag und schüchtern sich erhob, lachte über das genaltige Tier, rühmte seine Eigenschaften und sagte dann mit einem Anfall von Spottsucht: „Das wäre ein prächtiger erster Staatssekretär für meinen erhabenen Schwiegerpater, er könnte ihm Sunderland und selbst Jeffreys erlegen.“ — Drei, folgsam, jeden Befehl vollziehend und alles lassend, worauf er geht wird. Was kann man mehr verlangen von einem Premier-Minister und einem Kanzler? — Er belachte seinen Witz, daß es drohte, und reichte der Prinzessin die Hand, indem er ihre Stirn küßte. „Gute Nacht“, sagte er, „und gebt Euch nicht zu viel mit Denken ab. Der König denkt für uns alle.“ — Er hat es mir erst gestern gesagt, wie lieb es ihm sei, wenn wir alle Sorge für sein Volk und seine Familie ihm überließen, und wenn ich Euch abhielte von allem unnützen Schreiben und Klagen, was sich nicht für eine Frau und gehorsame Tochter paßt.“

Als er gegangen war, verschwand die rote Wolke von der Stirn der Prinzessin, aber mit Bitterkeit rief sie aus: „Ja, das ist sein Unglück, daß er allein denken, allein herrschen, allein befehlen will und keinen Widerspruch erträgt; daß ihm kein Mensch lieber ist als seine Günstlinge, die ihm niemals die Wahrheit sagen, sondern allen seinen Gelüsten schmeicheln.“

„Madame“, erwiderte Churchill lächelnd, „es ist überhaupt das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören können.“

„Habt Ihr sie ihm denn je gesagt?“ rief die Prinzessin. — „Habt Ihr jemals gesagt, Baron, ein Wort der Warnung ihm zuzurufen?“

Churchill verbeugte sich kaltsblütig. — „Wäre ich ein Vair des Reichs oder gar dem königlichen Blut entsprossen“, sagte er, „es sollte nicht daran gedacht haben. Ein Hoheit wissen aber selbst, was Warnungen fruchteten, die meinige würde nur Verachtung finden und mich selbst.“

„Ja den Tower bringen“, fiel Lady Churchill ein, „und davon möge Gott jeden Menschen behüten, der das Sonnenlicht liebt. Doch genug davon“, fuhr sie mit befehlendem Ton fort. „Niemand wird glauben, daß jetzt noch etwas gebessert und geändert werden kann. Wer weiß, wie weit

Verfolgungsjucht und Mißtrauen gehen, und wenn die düsteren Lore sich öffnen.“

„Du meinst mich?“ fragte die Prinzessin. „Vergiß nicht, daß der König mein Vater ist.“

„Da er es vergißt“, sagte die Vertraute, „warum soll ich es nicht vergessen? Leuerste Anna, Du warst die erste nicht, die von ihren nächsten Verwandten in den Ketten geschleppt und dem Blutgericht vorgeworfen wurde.“

„Glaubst Du, daß das je geschehen könnte?“ rief die Prinzessin erlebend.

„Wenn Es. Majestät erflühre und sähe, wer so eben hier im Nebenzimmer wartet“, versetzte die Lady lachend, „so zweifle ich keinen Augenblick daran.“

„Wer wartet?“ fragte die Prinzessin.

„Unser vortrefflicher Freund Gilbert Burnet.“

„Schick ihn fort, sogleich, ich will ihn nicht sehen!“ gab Anna erschrocken zur Antwort. — „Mein Gewissen macht mir Vorwürfe genug, daß ich zu weit gegangen bin.“

„Wie, kühne Wittwe Worteg“, fiel Lady Churchill ein, „wilst Du Schwester und Schwager verleugnen um eines Vaters willen, der Dich wie ein unmlndig Kind behandelt, Deine Kinder und Dich enterbt, Deinen Glauben antastet, und den ganz England tödlich haßt und verflucht? — Willst Du in seinem Fall mit ihm fallen, weil Dein schwaches Herz stärker war als Deine Vernunft? — Du kannst nicht mehr zurück, ohne Dich und Deine Freunde zu verderben, ohne uns alle dem Henker zu überliefern.“ — Denkt an Herzog Monmouth, denkt an dieses Vaters unverföhnliche Rachgier, denke an Jeffreys, dem Du öffentlich Deine Verachtung bezeugtest, und der Dich haßt wie ein blutgieriger Teufel.“

„Was soll ich denn tun? Was muß denn geschehen?“ rief die Prinzessin, ängstlich die Hand ihrer Freundin fassend.

Lady Churchill erzählte in kurzen Worten, was sie von Burnet erfahren habe, und wer in ihrem Zimmer sei.

„Und ich soll diese Flüchtlinge hier aufnehmen und verbergen?“ fragte die Prinzessin.

„Nur wenige Tage, bis andre Sicherheit für sie geschafft ist. London ist abgesperrt von Soldaten; es darf niemand fort ohne eine genaue Legitimation.“

„Nun in Gottes Namen, ich will es gestatten“, sagte die Prinzessin nachgebend, wie immer. Verbirg sie und führe Burnet heren, wenn es nicht anders sein kann. Arme Lätitia Grey! dieser Jeffreys ist eine Schande für England.“

Lady Churchill wollte sich entfernen, als sie plötzlich an der Tür zurückprallte.

„Der König!“ rief sie laut aufschreiend. —

Die Prinzessin fuhr erblassend von dem Armsessel por. — Auf der Schwelle stand König Jakob, hinter zwei Wagen, welche Windfackeln trugen. —

Der König sah krank und verflört aus. Eine runde Röte färbte sein sonst so bleiches, ausgetrocknetes Gesicht, und seine düsteren Augen hatten sich tief in die Höhlen zurückgezogen. — Er blieb einen Augenblick auf der Schwelle stehen, dann ging er an Lady Churchill vorüber, die sich tief und ehrfurchtsvoll verbeugte, ohne daß er sie zu bemerken schien. Die Prinzessin hielt sich an dem Tisch fest; sie zitterte so heftig, daß sie es nicht zu verbergen vermochte, und ihre Stimme verlagte den Dienst, um eine Frage zu tun, als der König vor ihr stand und mit mißtrauischen, lauern den Blicken sie betrachtete.

„Was bedeutet Dein Erschrecken?“ fragte Jakob, und indem er umherlief und Churchill an der andern Seite des Tisches erblickte, fuhr er heftiger fort: „Was hat man Dir gesagt oder geraten? Was weißt Du, meine Tochter?“

„Nichts, Majestät“, erwiderte die Prinzessin, „ich erschraf, weil ich meinen teuren Vater in ungewohnter Stunde und mit kummervollen Mienen bei mir sehe.“

„Wenn es das ist“, sprach der König lebhafter, „so beruhige Dich nicht. Ich komme vielmehr, Dich zu beruhigen und — Trost zu finden“, murmelte er dumpf vor sich hin, indem er sich niederlegte.

Langsam kreuzte er die Arme über seine Brust und sah in das Licht der Kerzen unverwandt und starr. — Ein paar Minuten dauerte dies Schweigen, das eine unsägliche Angst verbreitete.

„Ich hatte nur diese beiden Kinder“, sagte Jakob endlich, wie mit sich selbst sprechend, „und so viel Leid — so viel Leid!“ flügte er feufzend hinzu.

„Majestät“, rief die Prinzessin flehend, die Hände emporhaltend, „was ist geschehen?“

„Du weißt es nicht!“ begann der König den Kopf erhebend, „ich kam, um es Dir zu sagen. Wisse denn: Er ist gelandet!“

„Der Prinz von Oranien? — Das holländische Heer?“ fragte die Prinzessin bebend.

Der König nickte ihr zu. — „Ich habe soeben die Botschaft empfangen. — Er ist meiner Flotte entgegen, Lord Dartmouth hat ihn nicht erreicht. — Mein geliebter Schwiegerohn, der Gemahl meiner Tochter, er, dem ich gehalten habe aus mancher Not, dessen Stütze ich gewesen bin in mancher Gefahr, er ist da, gelandet in der Bucht von Torbay und bereit, allen Aufsehern und Empörern Schirm und Schutz zu geben.“

(Fortsetzung folgt.)

Wissell: Dr. Wittern will, daß Zweckmäßigkeit gründe wälten sollen, wo es sich um eine Frage des Rechts handelt. Dagegen muß ich mich entschieden wenden. Das Finanzdepartement hätte geradezu seine Pflicht verlehrt, wenn es nicht das Enteignungsverfahren beantragt haben würde, nachdem ihm der geforderte Preis zu hoch erschien. (Sehr richtig.)

Dr. Baethcke: Nicht Krämmergeist spreche aus der Senatsvorlage, sondern dringend notwendige Sparmaßnahmen.

Dühring verwahrt sich gegen die Ausführungen Jennes.

Der Senatsantrag wird darauf genehmigt.

Ohne wesentliche Diskussion werden sodann folgende Senatsanträge angenommen:

Zweiter Nachtrag zur Lübeckischen Kaufmannsordnung, Erhöhung der für Klammernzwecke des Finanzdepartements für das Rechnungsjahr 1907 bewilligten Summe.

Beim nächsten Senatsantrag betr. Neufestsetzung der Baufluchtlinie an der Südseite der Finkenstraße bemängelt

Heise, daß bei der Ausschreibung von Arbeiten am Stadtheaterneubau die Frist zur Einbringung von Angeboten zu kurz bemessen sei.

Bape wünscht, daß beim Ausbau der Finkenstraße der Lärmschutz in gleicher Richtung ausgebaut wird.

Sartori: Soviel mir bekannt ist, sind die von Herrn Heise besprochenen Arbeiten an eine hiesige und eine Dresdener Firma vergeben.

Senator H. Evers bestätigt das.

Heinsohn wünscht, daß den Handwerkern, die sich um Ausführung von Staatsarbeiten bewerben, wenigstens Mitteilung davon gemacht werde, wenn ihre Offerten nicht berücksichtigt seien.

Der Senatsantrag wird darauf angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Anlage einer direkten Flußwasserleitung für das städtische Elektrizitätswerk.

A. Bape beantragt kommissarische Beratung der Vorlage, um prüfen zu können, ob man das unfiltrierte Flußwasser nicht auch noch für weitere Zwecke verwenden könne.

Senator Fr. Evers: Daß das unfiltrierte Wasser für die Schwimmhalle zu benutzen sei, ist ausgeschlossen.

Stender tritt den Ausführungen Bapes bei und kritisiert die Tatsache, daß das Häuschen der Pumpstation im Widerspruch mit der Bauordnung aus Fachwerk hergestellt werden soll.

Senator Fr. Evers: Senat und Bürgerschaft als gesetzgebende Körperschaften sind zweifellos berechtigt, zu beschließen, daß gelegentlich von den Bestimmungen der Bauordnung abgegangen wird.

Mühlam fragt an, wann der residierende Tarif für elektrischen Lichtstrom der Bürgerschaft zugehen werde.

Senator Dr. Fehling: Die Frage wird im Senat gründlich geprüft.

Wie gibt einen Rückblick über die f. Zt. von der Kommission, die sich mit dem Lichtstromtarif beschäftigt hat, geleiteter Arbeit und bemerkt, daß man in Berlin mit der Herabsetzung des Strompreises die besten Erfahrungen gemacht habe.

Schorer hält eine kommissarische Prüfung der Vorlage nicht für notwendig.

Ritter hält die Anregungen Bapes für beachtenswert.

A. Bape hält nach wie vor seine Anregungen für richtig.

Senator Fr. Evers betont nochmals, daß das ungeordnete Flußwasser für die Schwimmhalle und industrielle Anlagen ungeeignet sei.

Dr. Wener fragt an, wie es mit dem Schwimmhallenbau steht.

Scharff hält eine kommissarische Beratung der Senatsvorlage für unnötig. Das unfiltrierte Flußwasser ist für die Schwimmhalle nicht zu benutzen.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird der Senatsantrag angenommen.

Debatte genehmigt wird der Senatsantrag betr. Genehmigung von Vermendungen aus dem Kapitalvermögen der von Hertoghen-Stiftung zum Neubau eines Stiftungshauses in Borwerk.

Der folgende Senatsantrag betrifft die nachträgliche Anrechnung von Dienstjahren für Zollbeamte.

Oberländer richtet an den Senat das Ersuchen, bei der Neuordnung des Beamtenbesoldungssatzes eine einheitliche Anrechnung der auswärts erworbenen pensionsberechtigten Dienstjahre in die Wege zu leiten.

Schneider wünscht, daß bei allen Beamten eine Anrechnung auswärts erworbener Dienstjahre stattfindet.

Senator Dr. Vermehren hält das allgemein nicht für richtig.

Oberländer begründet sein Ersuchen.

Senator Dr. Fehling meint, man solle die Frage gründlich prüfen und nicht einfach den Antrag Oberländer weiter geben.

Klein bemängelt, daß die Gehälter einiger Revisionsbeamten nicht im richtigen Verhältnis zu denen anderer stehen.

Senator Vermehren: Die Ungleichheit ist durch die Erhöhung der Schutzmannsgehälter entstanden.

Ger mann regt an, den wissenschaftlichen Lehrerinnen die vor ihrer Anstellung geleisteten Dienstjahre anzurechnen.

Senator Dr. Vermehren: Die Oberschulbehörde beschäftigt sich mit der Anstellungsfrage der Hilfslehrerinnen.

Oberländer zieht sein Ersuchen zurück.

Schneider kann keinen Grund finden, den Lübeckischen Beamten die Anrechnung von Militärdienstjahren zu verweigern, während dieselben in Preußen angerechnet würden.

A. Bape bittet, alle beschlossenen Gehaltserhöhungen auch auszahlen zu lassen.

Senator Dr. Vermehren: Das geschieht auch.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Nunmehr tritt zur Beratung die Senatsvorlage betr. Neufeststellung der Bezüge des Inspektors des Allgemeinen Krankenhauses.

Senator Dr. Vermehren bittet, den Senatsantrag anzunehmen, und nicht dem Antrage des Bürgerausschusses zu folgen, der anstatt 400 Mk. 600 Mk. für freie Wohnung und Feuerung absetzen will.

Jenne tritt für den Antrag des Bürgerausschusses ein.

Senator Dr. Fehling verteidigt die Senatsvorlage.

Dr. Ziehl hält den Antrag des Bürgerausschusses für berechtigt. Wenn man jetzt nicht an die Erhöhung des Abzuges gehe, so könne man das auch später beim Irrenhausinspektor nicht tun.

Senator Dr. Vermehren: Die Wohnungen des Krankenhauses und des Irrenhausinspektors sind gleich; dem letzteren werden jedoch dafür nur 400 Mk. vom Gehalt abgezogen.

Dr. Benda: für 400 Mk. ist sicherlich keine Wohnung, wie sie der Inspektor des Krankenhauses hat, zu bekommen. Außerdem hat er noch freie Feuerung. Unter diesen Umständen ist ein Abzug für Dienstwohnung in Höhe von 600 Mark gerechtfertigt.

Lippert tritt für den Senatsantrag ein.

A. Bape: Herr Dr. Ziehl scheint für den Fortschritt in der Weise zu sein, daß er die Bezüge der Beamten einschränken will.

Dr. Ziehl: Mir liegt es fern, die Beamten zu beschneiden. (Stürmische Heiterkeit.) Hier handelt es sich aber um das Prinzip.

Nachdem noch Senator Dr. Vermehren und Dr. Hoffstätter für die Senatsvorlage eingetreten sind, wird dieselbe mit der vom Bürgerausschuß vorgeschlagenen Abänderung genehmigt.

Debatte genehmigt wird der Senatsantrag betr. die Erhöhung des Staatszuschusses für die von Großheim'sche Realschule im Rechnungsjahre 1907 und weitere Bewilligung eines Staatszuschusses für die Rechnungsjahre 1908, 1909 und 1910.

Der letzte Senatsantrag betrifft die Herabsetzung der Fahrradabgabe.

Röhn hält die Festsetzung der Gebühr von 25 Pf. für eine Radfahrkarte, die vom Polizeiamt erhoben wird, für ungeschickt, da alle Gebühren von Senat und Bürgerschaft beschlossen werden müssen, was hier nicht geschehen sei.

Senator Dr. Fehling: Der Senat hat die Justizkommission mit der Prüfung der Frage beauftragt, ob die Gebühren-Erhebung zu Recht geschieht.

Möller steht nicht ein, daß für alle in Vorschlag gebrachten Radfahrwege eine Notwendigkeit vorliegt. Die Fahrräder für Arbeiter und Schulkinder mit einer Steuer zu belegen sei nicht gerechtfertigt. Er stellt bei § 5 der Vorlage den Antrag, solche Räder steuerfrei zu lassen.

Dr. Baethcke hält gleichfalls erhebliche Abstriche bei den geplanten Radfahrwegen für angebracht.

A. Bape: Der Senat hätte besser getan, wenn er vor dem Erlass seiner Verordnung die Justizkommission mit der Prüfung der rechtlichen Seite der Sache beauftragt hätte.

Röhn steht nach der Erklärung des Senatskommissars von der Stellung eines Antrages ab.

Senator Kulenkamp verteidigt den Standpunkt des Polizeiamtes in der Legitimationsartenfrage.

Dahms regt an, die Quittung für gezahlte Radfahrsteuer mit der Legitimationskarte zu verbinden.

Vorwardt freut sich über die Ermäßigung der Radfahrsteuer und wünscht eine Ermäßigung der Abgaben, welche die Wirte zu zahlen haben.

Peters: Die Radfahrer müssen zwar eine Steuer bezahlen, aber sie haben auch nirgends so gute Wege wie in Lübeck.

Bruno ist prinzipiell gegen jede Radfahrsteuer. Die Verkehrsmittel sollten nicht besteuert werden.

A. Bape wünscht, daß auch Arbeiterinnen nur 1 Mark Radfahrsteuer zahlen sollen.

Senator Kulenkamp erklärt sich gegen jede weitere Ermäßigung der Radfahrsteuer.

A. Bape beantragt, als Grenze für die Erhebung der Steuer von 3 Mk. 2000 Mk. festzusetzen, wie man das ja auch beim Wahlrecht getan habe.

Glasow, Dühring und Lippert befürworten die Senatsvorlage, die dann auch angenommen wird.

Die Anträge der Sozialdemokraten wurden abgelehnt. Schluß 10 Uhr.

Genossenschaftsbewegung.

Mittelständlerische Genossenschaften. In der „Deutschen Volkspost“, die in Hannover erscheint, wird ein Bild von der „jungen, kräftigen“ Genossenschaftsbewegung des Mittelstandes entworfen, dem wir folgendes entnehmen:

„Den am 1. Januar 1907 vorhandenen 2006 Konsumvereinen mit 1037813 Mitgliedern warfen sich zur gleichen Zeit 129 Einkaufsgenossenschaften des Detailistenstandes entgegen. Von diesen wurden allein 19 im Jahre 1906 gegründet.“

Im Jahre 1907 mußte zwar die führende „Zentralgenossenschaft“ des organisierten Einkaufs der Kolonialwarenhandlender in Liquidation treten, dagegen wurde gleichzeitig der Verband der Kolonialwarenhandlender-Genossenschaften ins Leben gerufen, ein Zeichen, daß trotz des damit gleichzeitig dokumentierten Fehlschlages das Ziel an sich nicht aus dem Auge verloren wurde.

Den Konsumvereinen stellen sich aber auch andere mittelständliche Genossenschaften entgegen. Bekanntlich geht das Bestreben der Großhandelsorganisation der Konsumvereine dahin, die Selbstproduktion — wo immer möglich — einzuführen, und sie will nicht eher ruhen, bis eigene Mühlen, Seifenfabriken usw. entstanden sind und bei jedem Konsumverein die „Bäckerei“ aufgenommen ist. Hier greifen die Einkaufsgenossenschaften der Bäckermeister ein. — Ihre Zahl wächst augenblicklich außerordentlich stark, und in Genossenschaftstreifen bespricht man schon ernsthaft die Gründung eines sich über ganz Deutschland erstreckenden Verbandes der Bäckereieinkaufsgenossenschaften. Der „gemeinsame Einkauf“ ist eben am besten mit dem „gemeinsamen Einkauf“ zu schlagen.

Die starke Wehr der Rabattsparvereine sei hier nur nebenbei erwähnt.

Beiseite gelassen müssen hier alle diejenigen genossenschaftlichen Zusammenschlüsse werden, welche sich außerhalb des Genossenschaftsgesetzes im Rahmen von Orts- und Bezirksvereinen vollziehen. Man darf sie für die Detailisten allein auf wenigstens 125 veranschlagen. — Aber man täusche sich angesichts dieser Zahlen auch nicht! Wenn auch eine Detailisteneinkaufsgenossenschaft unter Umständen schwerer als 20 Konsumvereine wiegt — wenigstens auf der volkswirtschaftlichen Wage —, so ist damit noch nicht gesagt, daß die Konsumvereine nun zurückgehen würden. Dadurch noch nicht. Im Gegenteil. Im Jahre 1905 betrug ihr Zuwachs 126 Konsumvereine und im Jahre 1906 141. In der Zeit vom 1. Januar 1907 bis 1. April 1907 wurden 37 neue Konsumvereine handelsgerichtlich eingetragen. Auch die Mitgliederzahl hat zugenommen.

Der Durchschnitt betrug für die am 1. Januar 1906 bestehenden 1922 Konsumvereine 508 Mitglieder pro einzelnen Verein, während er am 1. Januar 1907 auf 517 bei 2006 Konsumvereinen gestiegen war. Wenn auch bei den angeführten Konsumvereinen für die nächsten Jahre ein schwerer Krach zu erwarten ist, der Hunderte von ihnen niederlegen wird, so deuten diese Zahlen doch darauf hin, daß der Gleichakt in der mittelständlichen Genossenschaftsbewegung eine weit schnellere Gangart annehmen muß, wenn sie die andere überholen will. Auch bedarf man im mittelständlichen Genossenschaftswesen speziell gegen die Konsumvereine einer großzügigeren Zentralorganisation, der Hamburger Konsumvereinszentrale entsprechend. Natürlich darf man den Fehler der Konsumvereine nicht mitmachen wollen — faule Stellen am Genossenschaftskörper verdecken.

Neben der Aufgabe, den Mittelstand gegen die Konsumvereine aktionsfähig zu machen, dient die „Mittelstands“ (gewerbliche) Genossenschaftsform auch dazu, dem Mittelstande die Vorteile, welche das Großkapital im Erwerbesebenen den schwächeren Bevölkerungsschichten gegenüber hat, zu verschaffen. Die bereits früher erwähnten mittelständlichen Genossenschaften dienen selbstverständlich auch diesem Zweck. Bei den folgenden Arten mittelständlicher Genossenschaften tritt dieser Zweck aber Spezialfächer zum Vorschein.

Es ist die sich immer gleich bleibende Auffassung über das Genossenschaftswesen bei den Krämer- und Händlern, die auch in dieser Zusammenfassung erkennbar ist: die Genossenschaften werden nicht ihrer selbst willen gegründet, sie sollen „den Mittelstand gegen die Konsumvereine aktionsfähig machen“. Natürlich können Genossenschaften, denen zu ihrem Bedenken besonders das eine fehlt: die Pflege wahrer genossenschaftlichen Geistes, nichts leisten. Sie bringen es nur zu jämmerlichen Resultaten und trösten sich darüber mit der Hoffnung auf den „schweren Krach“ im Konsumvereinslager. Wir fürchten, das alte Sprichwort von Hoffen und Gatten wird sich bei ihnen erfüllen.

Die Kaffeevereinigung der Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine brachte im Jahre 1907 im ganzen 1 898 860 kg Kaffeebohnen zum Versand gegen 1 058 909 kg im Jahre 1906. Das ergibt in einem Jahre eine Zunahme von 839 451 kg. Auch die anderen Abteilungen der Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine haben sich im letzten Jahre sehr erfreulich entwickelt. Der endgültige Jahresabschluss wird sicherlich 60 Millionen Gesamtumsatz ergeben gegen 46 1/2 Millionen im Jahre 1906. In den geschäftlichen Erfolgen der Großhandels-Gesellschaft spiegelt sich das Aufblühen der Konsumvereine des Zentralverbandes wieder.

Aus dem Gerichtssaal.

Drama in einem Krankenhaus. Vom Landgericht Dulsburg ist am 6. November v. J. die Klosterklosterkellnerin Elisabeth Buchholz von der Anklage der fahrlässigen Tötung freigesprochen worden. In dem katholischen Krankenhaus zu Mülheim be und sich ein Epileptiker S. sehr vorsichtig behandelt werden mußte. Die Angeklagte ließ ihn durch eine Schwester überwachen, gab dieser aber die Erlaubnis, auf kurze Zeit nach der Frauenabteilung zu gehen, wenn es klingelte. Als die Schwester 2 bis 3 Minuten abwesend war, sprang der Kranke aus dem Bette und eilte auf den Vorlaal. Hier stürzte er sich durch das Fenster auf den Hof und war tot. Eine Schuld der Angeklagten konnte angeblich nicht festgestellt werden. Die Revision des Staatsanwalts wurde vom Reichsgericht verworfen.

Rekrutenshinderer. Vor dem Kriegsgericht der 20. Division hatte sich am Freitag in Braunschweig der Unteroffizier Karl Peters aus Holmünden wegen Rekrutenmißhandlung zu verantworten. Peters diente bei der 12. Kompagnie des 92. Infanterie-Regiments und erhielt eine Korporalschaft Rekruten zugeteilt, die er auf seine Art „auszubilden“ versuchte. Insbesondere benutzte er die Instruktionstunde, in welcher er die Rekruten strich, daß sie „schwarz“ wurden. Eine beliebte Methode bei seiner „Erziehung“ war das schmerzhaft und anstrengende Schemelstrecken in der Kniebeuge, worunter die Rekruten schwer zu leiden hatten. Diese Schinderei nahm er gleich an mehreren Leuten seiner Korporalschaft gemeinsam vor, denen er in jede Hand einen Schemel zu strecken gab. Bis zur vollständigen Erschlaffung mußten die Rekruten strecken, wobei ihnen der Anglistweiss aus den Noren trat. Ein Rekrut Boges mußte im Januar dieses Jahres eine volle Stunde in der Kniebeuge mit vorgestrecktem Schemel verharren. Den Musikant Ludwig sagte der Herr Unteroffizier mit beiden Händen, schüttelte ihn und ließ ihn, daß er über den Schemel stieß. Dann ließ Peters die Kleider des Mißhandelten aus dem Spinde, beschmutzte und zerlegte sie mitwilling und bezog dieselben mit Kaffee, so daß der Rekrut den ganzen Tag und noch 8 Tage damit zuzubringen hatte, die Sachen wieder zu reinigen und in Ordnung zu bringen. Den Rekruten nannte Peters einen Verbrecher. Und diese sabittischen Schindereien nur, weil die Rekruten in der Instruktionstunde schlechte Antworten gegeben hatten. Das Kriegsgericht verurteilte den Angeklagten, dem der Hauptmann und Kompagniechef ein gutes Zeugnis ausstellte, zu 6 Wochen Mittelarrest. Der Anklageverteiler hatte 3 Wochen Gefängnis beantragt. Von einer Degradierung des Rekrutenanziehers wurde Abstand genommen. Der gute Mann kann also auch für die Folge seine Erziehungslehre bei den Söhnen des arbeitenden Volkes fortsetzen.

Bauerarbeiter! Das Landgericht in Nürnberg verurteilte den Baumeister Konrad Meier in Nürnberg wegen Vergehens gegen die Bauerarbeiter schußbestimmungen und wegen fahrlässiger Tötung zu 14 Tagen Gefängnis. Er hat den am 26. Septbr. v. J. in der Bogenstraße eingetretenen Gerüststurz verursacht, bei dem der Arbeiter Kihman den Tod erlitten hat.

Die Bragis des Gewerbegerichtsvorsitzenden zu Grimnitzschau. Die Vertreter der Arbeiter wegen angeblicher „geschäftsmäßiger“ Ausübung der Vertretung zurückzuweisen hat schon zu mehreren Prozessen gegen Parteigenossen wegen angeblicher Verletzung des Vorhanges, Kassafessor Hartmann, und zu Verurteilungen geführt. Jetzt gab vor dem Schöffengericht zu Grimnitzschau abermals einen solchen Prozeß. Durch eine Beschwerdeabschrift, die der Genossenschaftler gegen die Bragis Hartmanns an das sächsische Ministerium gerichtet hat, soll er den Kassafessor beleidigt haben. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 150 Mk. Geldstrafe. Die Ehre des Herrn Gewerbegerichtsvorsitzenden ist also wieder einmal gerettet, die Vertreter der Arbeiter werden nach wie vor nicht zugelassen vor dem Grimnitzschauer Gewerbegericht und das Vertrauen der Arbeiter zu dieser Rechtsprechung wird noch tiefer sinken, wenn das noch möglich ist.

Aus Nah und Fern.

Seringe — ein Vorkrampf für Arbeitslose. Der Bogländische Anzeiger berichtet: 3000 Seringe, die ein Gefäßkranke in Plauen an Arbeitslose zur Verteilung bringen ließ, waren in einer halben Stunde vergriffen. Der Andrang von Seringehelfenden war so gewaltig, daß der Inhalt der vier Tonnen nicht ausgereicht hat, alle Leute zu bedenken. Durchschnittlich erhielt die Person vier bis sechs Stück Seringe. Auch ein Beweis für die Größe des Notstandes in Sachsen.

Siebeneinviertel Pfennig Reizezuschuß. Eine merkwürdige Mißachtung läßt die Regierung in mancher Beziehung den Lehren zuteil werden. So haben kürzlich Lehrer, die in der Provinz Hannover an einem Kurium zur Ausbildung als Leiter von Volks- und Jugendspielen teilnahmen, von der Regierung 7 1/2 Pfennig Reizezuschuß für den Tag erhalten. Der Kurium fand in Pöna a. d. W. statt und dauerte zwölf Tage; von den Volksschullehrern wurde weder Zeit noch Mühe geschont.

um sich daran betätigen zu können. Als der Kursus angefangen wurde, erklärte die königliche Regierung: „Ob und in welcher Höhe auswärtigen Teilnehmern für Statistiken Reiseaufwand eine kleine Beihilfe gewährt werden kann, wird erst nach Abschluss der Veranstaltung erlassen werden können.“ Eine Zeitung nach Beendigung des Kursus erhielt eine Kreisbesuchsinspektion zur Verteilung an die Kursusstellennehmer 24 Mk. 30 Pfg.; da 28 Lehrer zum Empfang einer Beihilfe berechtigt waren, entfielen auf jeden 87 Pfennig, also für jeden Tag 7/4 Pfennig. Die Teilnehmer hatten täglich kilometerweite Wege zurückzulegen; mehrere benutzten die Eisenbahn, andere begaben sich mittels Fahrrad an den Ort des Kursus; die Nahfahrt hatte täglich 1 Mark 60 Pfg. gekostet. Und bei dieser Art von Behandlung wunderte sich die Regierung noch über den außerordentlichen Lehrermangel, besonders in Preußen.

Behördlicher Boykott der Saalbesitzer. Auf dem zweiten Bundestage der Saal- und Konzertlokalinhaber Deutschlands, der vor einiger Zeit in Bremen abgehalten wurde, ist auch ein Antrag beraten worden, der vom Bundestage die Ausarbeitung einer einheitlichen Ordnung über die Abhaltung von politischen Versammlungen verlangte, um sie dem Kriegsministerium zur Mitteilung an die Kommandos zu überweisen. Die Ordnung sollte sich nach den jetzt in Sachen geltenden Normen richten. In der Debatte über diesen Antrag nahm auch Herr Franz Furfert-Weipzig das Wort, um sich über die sächsischen Verhältnisse zu verbreiten und die Gegend zu zerschneiden, als wenn in Sachsen die Saalbesitzer in den besten Verhältnissen lebten. „Da gerade das Königreich Sachsen in dem Antrage erwähnt wird“, so führte der Redner nach dem Bericht in der letzten erschienenen Nummer der „Deutschen Saalbesitzerzeitung“ aus, „ist es notwendig, daß ich nähere Angaben darüber mache, wie in Sachsen der Militär-Boykott gehandhabt wird. Wir haben dem Kollegen Mosemann, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, diesen Zustand aus der Welt zu schaffen, die gegenwärtige Handhabung des Militärboykotts zu verdammen. Wir in der Stadt haben gar nicht mehr darunter zu leiden. Auf dem Lande freilich ist es anders. Obgleich wir die Verordnung haben, wird durch die Zivilbehörden (1) ein großer Druck auf die Kollegen ausgeübt; nicht allein, daß ein Saalbesitzer die Versammlungen der Sozialdemokraten nicht abhalten lassen möge, sondern ein Kollege wird schon an den Pranger gestellt, wenn er sich erlaubt, ein Blatt zu halten, das die Tendenzen des Arbeiterstandes vertritt, wie z. B. die „Leipziger Volkszeitung“. Es wird sogar bei der Post angefragt, ob der betreffende Wirt vielleicht die „Leipziger Volkszeitung“ halte. Also in Sachsen ist es doch nicht so schön, wie man vielleicht denkt. In Ochsag ist auch der Militärboykott verhängt worden. Da sind vom Verbands Schritte getan worden; es ist bei dem Garnisonkommandierenden angefragt worden, warum das Verbot erlassen worden ist. Da hat der Herr klipp und klar gesagt, daß hierbei die Zivilbehörden eine große Rolle gespielt haben.“

Zubiel des Segens in der Heringsfischerei. In unserer göttlichen Weltordnung ist es so bestellt, daß eine große Fruchtbarkeit der menschlichen Arbeit als Unglück betrachtet werden kann. Das müssen jetzt auch die Heringsfischer an der Westküste Schwedens erfahren. Da im vorigen Jahre die Heringe sehr hoch im Preise standen, schafften sich die Fischer neue und bessere Fanggerätschaften an und gaben dafür im ganzen ungefähr 3 1/2 Millionen Kronen aus. Die neue Fangmethode hat sich begünstigt dadurch, daß die Fische in dieser Saison sich in außerordentlich großen Schwärmen einstellten, vortrefflich bewahrt, allzu gut bewahrt sind oftmals an einem Tage 30, 40, ja 50 Tausend unter Heringe gefangen worden. Der Markt, der den Fischern offen steht, kann jedoch täglich kaum mehr als 20000 Hektoliter aufnehmen. Dazu kommt, daß in diesem Jahre auch die norwegische sowie die Heringsfischerei an der englischen Küste sehr erfolgreich war. Infolge dieser Umstände ist der Preis der Ware außerordentlich gesunken. Man zahlte dieser Tage an der holländischen Küste nur 75 Dre pro Hektoliter. Zwar gibt es in der Gegend von Lysekil

Fabriken, die Heringe zu Dünger verarbeiten und bis zu 1,75 Kr. pro Hektoliter zahlen, doch müssen die Fischer die Transportkosten tragen, die über die Hälfte des Preises verschlingen. Das schwedische Volk hat auch von den niedrigen Engrößenpreisen keinen großen Nutzen; abgesehen von den Städten an der Westküste, sind die Kleinverkaufspreise für Heringe in Schweden ziemlich hohe geblieben. Die Hauptabnehmer für die schwedischen Heringe sind Deutschland und England. Für den Export von Salzheringen kommt auch Rußland in Betracht, aber der russische Markt ist infolge der traurigen Wirtschaftsverhältnisse jetzt wenig aufnahmefähig.

Ein neuer Krach in Amerika. Aus New York, 6. Febr. wird berichtet: Charles M. Morse, der Gründer des Gistrußs und der Vereinigten Dampfschiffahrtsgesellschaft, ist plötzlich verschwunden. Seine Freunde behaupten, er habe eine Erholungsreise nach Europa angetreten, während seine Gläubiger der Überzeugung sind, daß er mit ihrem Eigentum durchgebrannt ist. Morse war mit dem vor einiger Zeit ebenfalls in schwere finanzielle Verdrängnis geratenen Kupferkönig Augustus Heinze eng liiert. Der neue Finanzkrach hat die früheren Direktoren einer großen Anzahl von Banken und Korporationen in die unangenehme Lage versetzt, sich einer gerichtlichen Untersuchung unterziehen zu müssen. Morse hatte bisher allgemein als vielfacher Millionär und einer der größten amerikanischen Finanziers gegolten.

Ein Familienmord wurde, wie aus London berichtet wird, in Den Haag verübt. Der dort wohnende Brauereidirektor Holmes lebte mit seiner Gattin, einer 24-jährigen Tochter und zwei Dienstmädchen zusammen. Als Sonntagabend früh der Gärtner in das Haus kam, machte er die furchtbare Entdeckung, daß die Gattin und Tochter, sowie die beiden Dienstmädchen erschossen in ihren Betten lagen. Den verschmundenen Brauereidirektor Holmes fand man später ebenfalls tot in einem nahe gelegenen Wald auf; er hatte einen sechsstündigen Revolver neben sich liegen, und hatte sich nach der Ermordung seiner Familie eine Kugel durch den Kopf gelagt. Holmes war als beiter Familienvater bekannt, man nimmt an, daß er plötzlich wahninnig geworden ist.

Standesamtliche Nachrichten

vom 2. bis 8. Februar 1908.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

26. Januar. Kaufmann L. Chr. F. Reinecke, 27. Maurer H. F. Th. Freitag, Schuhmacher J. F. H. Petersen, 28. Bäcker H. W. J. Zimmermann, 31. Gärtner H. P. W. Weitel (Krempeisdorf), Maschinenschlosser W. C. J. F. Wob. Milchführer J. F. W. Benecke, Schenkwirt C. J. L. Witron.

1. Buchdruckmaschinenmeister W. J. H. M. J. Wittfoot, Steuerbeamter D. J. Dinz, Arbeiter K. F. C. Varg, 2. Gärtner H. F. D. Friederici, Malermeister W. S. C. Grimm, 3. Tischler H. F. Th. Toller, Straßenreiner H. F. Vog, 4. Arbeiter J. H. F. V. Sagers, 5. Schachtmeister A. Karl, Kaufmann H. A. J. Frauböse, Geizer A. G. W. Schünning, Kaufmann G. H. D. Krickhuhn, 6. Stanzler R. P. J. Alwert, Feuernann Th. F. H. Koch, Arbeiter J. F. L. Lender, Vorarbeiter J. F. H. Rath, Kunstgärtner C. Chr. H. Glüsing, 7. Schmied W. B. H. Runge, Tischler J. P. A. Schmidt.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

30. Januar. Arbeiter R. F. C. Vurmeister, Smallermeister K. Fernmann, Fuhrmann C. J. C. Reinecke, Kaufmann H. Melchert, Kaufmann C. S. Hansen.

1. Februar. Schneider J. H. C. Kruse, Arbeiter H. J. H. Siegmann, 2. Brenner H. R. W. Kroemann, Kaufmann J. F. A. Million, 3. Arbeiter J. H. F. Ehlers, Tischler G. A. Schröder, Arbeiter W. F. C. Dater, Arbeiter W. G. C. Gebauer, 4. Arbeiter J. H. C. W. J. Cordts, Arbeiter F. F. J. A. Will, Maschinist C. T. Köppe, 5. Arbeiter J. B. D. Scharrenberg, Briefträger J. H. W. Lüth, Schuh-

macher J. A. H. Potraf, 6. Lehrer und Turnlehrer A. L. F. F. Gagemann, 7. Hausdiener A. G. C. F. M. Gant, 8. Maler A. F. W. Burchholz.

Hugeordnete Aufgebote.

3. Februar. Anstreicher P. Rieb und J. M. C. Böck, Arbeiter H. F. Krause und C. M. Marks in Schlutup, Maurergeselle C. K. F. Ritter in Koyin und M. C. C. Timm in Grevesmühlen, 4. Arbeiter W. C. J. Schulz und C. C. C. Melchert, 5. Arbeiter W. L. A. C. A. Sager in Kenfelfeld und H. A. D. Siems, Maurer H. F. Vauß und H. M. C. Goldorp in Groß-Wesenberg, 6. Maurer J. F. Muffel und C. D. Kleist, beide in Vordorf, Hausdiener A. C. Jils und J. C. Ueck, beide in Berlin, Gärtnergehilfe H. R. W. Siems und H. M. H. Vurmeister in Kiel, Postbote A. H. M. Schulz und A. L. A. Bielenberg, 7. Maurer H. J. J. Schott und C. C. C. Ollrogge, Prokurist Chr. F. W. C. Fritsch und M. A. A. Kuse, Expedient G. J. Chr. Spöhr in Frankfurt a. M. und M. J. Wittmann in Nied, 8. Sattler P. C. W. A. Günther und A. L. M. Schröder in Altona, Klempnergehilfe K. J. J. Colberg in Schwartau und H. W. S. Beth in Kiel, Direktor G. C. H. Schulze in Berlin und die geschiedene C. M. Stalberg geb. Norwell in Schwartau, Oberlehrer Dr. phil. H. C. F. V. Oldörp und L. A. C. Kaiser in Quatzenbrück, Kreisfarer H. H. A. Dahn und C. M. Schwarz genannt Kolke in Hornslof.

Eheschließungen.

6. Februar. Kunstgärtner H. O. M. Görl in Vorwerk und A. C. F. C. Rebin, Arbeiter W. J. C. Lüth und C. Stegemeier, 8. Güterbodenarbeiter J. H. W. Dille und M. D. M. Wigger, Maschinist C. F. Gerhardt und Witwe C. M. Krause geb. Jahnke, Wötker A. F. Wargenau und J. A. C. Schrader, Maurer K. F. C. Krohn und H. M. M. Venz, Stellmacher A. C. F. H. Homburg und C. C. A. Bartels, Kutcher H. D. J. H. Homburg und A. S. D. M. Melchert, Arbeiter J. H. L. Krüger und C. F. D. Ehler, Maurer A. Jönksen und M. C. C. Stäcker.

Sterbefälle.

1. Februar. O. M. H. Glau, 20 J. J. Chr. H. geb. Drews, Ehefrau des Werkstattdarbeiters W. J. F. Schwenn, 77 J. M. C. C. geb. Helms, Witwe des Steinbruders Chr. C. F. Jeiffing, 57 J. Arbeiter A. H. D. Staack, 61 J. 2. Früherer Maurermeister J. H. Köhn, 65 J. M. C. C. M. Denter, 6 J. H. M. School, 1 J. 4 M. Schreiber G. H. J. Lopp, 35 J. Musikleiter J. Greifen, 22 J. H. M. R. Hartmann, 1 J. Bremser F. H. L. Jost, 42 J. Maurer L. Lubwischonky, 36 J. 3. C. H. A. geb. Klauß, Ehefrau des Kaufmannes C. W. Hansen, 52 J. J. M. Hein, 52 J. 4. M. A. C. geb. Petersen, Witwe des Apothekenbesizers O. C. Reinecke, 60 J. L. A. Reich, 70 J. D. geb. Wollers, Witwe des Maurers J. H. W. Wob, 74 J. (Krempeisdorf), 5. H. M. D. A. Kruse, 11 M. (Schlutup), J. C. geb. Bommerening, Witwe des Arbeiters A. Fritsch, 71 J. Privatmann A. A. Grabau, 62 J. Schriftfeger H. A. Fegbeutel, 45 J. 6. M. A. Speth, 15 J. M. F. C. geb. Husmann, Witwe des Briefträgers D. C. C. Barzagli, 69 J. J. C. W. Goldt, 8 1/2 M. (Vorwerk), M. C. J. geb. Hameister, Witwe des Arbeiters J. Otto, 86 J. R. D. Chr. geb. Schuhmacher, Ehefrau des Privatmannes J. L. W. Rindt, 68 J. 7. F. M. C. geb. Hasselbrink, Ehefrau des früheren Maschinisten J. A. H. Lips, 78 J. C. C. M. geb. Wöfow, Ehefrau des Sattlers und Tapeziers C. D. Grammerdorf 84 J. R. H. Bollmann, 4 M. L. C. geb. Krüger, Witwe des Malermeisters Chr. H. A. Langkau, 86 J. Arbeiter H. C. J. Stegemann, 29 J. (Krempeisdorf), M. C. H. Saggau, 1 1/2 Monat, 8. J. Johns, 15 J. (Rethwischdorf), Eisenbahnwagenführer G. H. Chr. Muhs, 59 J. C. C. J. Wagner, 62 J. Arbeiter J. H. C. Sab, 81 J.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwart. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Weltall und Menschheit.

Naturwunder und Menschenwerke.

Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte im Dienste der Völker.

Herausgegeben von Hans Kraemer in Verbindung mit mehreren hervorragenden Professoren.

Reich illustriertes Prachtwerk mit ca. 2000 Illustrationen,
zahlreichen schwarzen und bunten Kunstblättern, Faksimile-Beilagen etc.

Extrabeigaben in neuem System der Darstellung. — 100 Lieferungen à 60 Pfg.
Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung.

Das Werk wird zum ersten mal im Zusammenhang die Beziehungen des Menschengeschlechtes zum Weltall und seinen Kräften schildern und von der Vorzeit an die Spuren des Kampfes des Menschen mit den Naturgewalten verfolgen, um die Bedeutung der Verwertung der Naturkräfte für die Kulturentwicklung ins rechte Licht zu setzen.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Johannisstrasse 46.

Sterbefälle „Die Vertrauliche“
Lübeck.

General-Versammlung
am Mittwoch, den 12. Februar 1908,
pünkt abends 9 Uhr,
im Kriegerzimmer des Bürgervereins.
Tagesordnung: Jahresbericht, Rechnungsablage, Entlastung des Vorstandes, Wahlen, Verschiedenes.

Der Vorstand.

Universum
Mittwoch, den 12. d. M.:
Große Benefiz-Vorstellung
für den Kaffeezer.
Reintier Stint als Hochzeitsgratulant.
b. Puls.

Hansa-Theater.
Freitag, 14. Februar. 8 Uhr.
Einmaliges Gastspiel.
Noch nie dagewesener Lacherfolg.
Charleys Fante.
Schwank in 3 Akten von Dr. Thomas.
Vorverkauf ab heute bei Sager, Kohlmarkt.

Stadt-Theater.
(Provisorium)
Direction: **L. Plorkowski.**
Mittwoch, 12. Februar. 8 Uhr.
Jeder Platz 50 Pfg.
Der Hypochonder.
Lustspiel in 4 Akten von Moser.
Donnerstag: **Die weiße Dame.**
Freitag: **Die instigen Weiber.**
In Vorbereitung: **Banne.**